Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Dienstag, 24. Juni 2014, 19.30 Uhr, Gemeindesaal

Vorsitz	Gemeindepräsident Andreas Hotz
Protokoll	Gemeindeschreiber Walter Lipp
Anwesend Gemeinderat	Andreas Hotz Sylvia Binzegger Berty Zeiter Jost Arnold Paul Langenegger Hans Steinmann Oliver Wandfluh
Stimmenzähler	Marco Kathriner (Obmann) Bruno Stebler Samantha Köpfli Jacqueline Oehri
Anzahl Anwesende	304 Stimmberechtigte 13 Gäste
Zeit	19.30 - 21.40 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2014.

Das Protokoll kann im Internet eingesehen werden.

Begrüssung

Andreas Hotz, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Geschätzte Gäste

Auch in einer Zeit, die mehr von Fussball, von Königseinsetzungen und von Ferienvorbereitungen geprägt ist, als zum Beispiel von politischen Diskussionen, kommen wir nicht darum herum, uns mit der – höchst erfreulichen – Rechnung 2013 und weiteren politischen Traktanden, vor allem auch diversen parteipolitischen Vorstössen jeglicher Art, auseinanderzusetzen.

Die heutige Gemeindeversammlung haben wir immerhin bewusst so angesetzt, dass zumindest kein Schweizer Spiel in Brasilien davon betroffen ist und wir Morgen beim Spiel der Spiele gegen Honduras den notwendigen Support liefern können. Hopp Schwiz!

Ich begrüsse Sie somit, dies im Namen des gesamten Gemeinderates, ganz herzlich zur heutigen Rechnungsgemeinde und danke Ihnen, dass Sie trotz schönem Abendwetter mit Ihrer Anwesenheit Ihrer Bürgerpflicht nachkommen.

Seit der Gemeindeversammlung vom vergangenen Dezember haben wir wieder einige Höhepunkte in unserem Baarer Dorfleben begleiten dürfen.

Ich denke dabei an die glanzvolle Fasnacht 2014 mit drei omnipräsenten, strahlenden Regenten, an das Triple-Fest vom 17. Mai, wo gleichzeitig die Jugend, die Sonne und die Gemeindeverwaltung im Zentrum des Interesses standen, oder an zahlreiche weitere Aktivitäten, die nicht immer prominent das mediale Interesse auf sich zogen, jedoch sehr interessant und gesellig waren. Wie zum Beispiel das Bubenschwingen mit dem perfekten Speaker Langenegger an Fronleichnam. Dies übrigens mit einer Rekordbeteiligung von über 300 Schwingern aus der gesamten Zentralschweiz.

Die Gemeinde Baar befindet sich nicht nur wegen Rekordzahlen im Schwimmbad Lättich über Pfingsten nach wie vor auf einem sehr guten Kurs. Diverse Grossprojekte sind in Bearbeitung und fordern sowohl Verwaltung wie auch Gemeinderat sehr. Wie wir bei der Behandlung der Rechnung 2013 feststellen dürfen, ist die finanzielle Ausgangslage unserer Gemeinde als hervorragend zu bewerten, was uns gleichzeitig auch eine grosse Sicherheit im Hinblick auf die Bewältigung der grossen Investitionsprojekte gibt. Ich denke hier an das Pflegezentrum II, Bahnmatt, Schwesternhaus, Schulhaus Wiesental und einiges mehr.

Gemäss meiner Wahrnehmung geniesst die Gemeinde Baar in der ganzen Deutschschweiz weiterhin einen guten, zuverlässigen Ruf. Dies auch im Kanton.

Auch wenn in diesem Jahr – das heisst am Sonntag, 5. Oktober 2014 – der ominöse Super Sunday, Gesamterneuerungswahlen, ansteht und in diesem Zusammenhang bereits heute festgestellt werden kann, dass an einzelnen Sitzungen und Veranstaltungen auf einmal viel mehr Politikerinnen und Politiker als sonst redselig und spendabel auftauchen, dürfen wir der Zukunft mit einiger Gelassenheit und Zuversicht entgegensehen.

Zuversichtlich bin ich auch im Hinblick auf eine effiziente Abwicklung des heutigen Abends, obwohl nicht weniger als 11 Traktanden zur Behandlung anstehen. Zur Si-

cherheit hatten Sie heute die Möglichkeit, Mineralwasser zu fassen. Dies, damit niemand verdurstet, falls es über Mitternacht hinausgeht.

Einen speziellen Gruss richte ich an die anwesende Presse bzw. deren Vertreterinnen und Vertreter und ich danke bereits an dieser Stelle erneut für eine korrekte und somit erneut gute Berichterstattung. Namentlich begrüsse ich vom Zugerbieter Laura Siebold, von der Neuen Zuger Zeitung Silvan Meier und vom Onlinemagazin Zentralplus, das erste Mal unter uns, Manuel Gautschi.

Ich stelle fest, dass die Einladungen und Publikationen zur heutigen Gemeindeversammlung rechtzeitig erfolgt sind und somit kann auch die Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden.

Zuerst ist das Büro zu bestellen. Von Amtes wegen ist erstmals unser neuer Weibel, Marco Kathriner, dabei. Marco Kathriner hat sich in den vergangenen Monaten mit seiner jungen Familie hervorragend ins Gemeinschaftsleben unserer Gemeinde integriert und auch seine Arbeit als Hauswart und Weibel mit grossem Engagement und Professionalität angetreten. Marco Kathriner wird trotz seines jugendlichen Alters mit Sicherheit in der Lage sein, in die grossen Fussstapfen seines Vorgängers Leo Truttmann, welcher heute auch anwesend ist, zu treten. Ich bitte Sie, ausnahmsweise Marco Kathriner einen warmen Applaus zu geben. Schön, dass du bei uns bist, Marco. Good Luck!

Als weitere Stimmenzähler kann ich Ihnen folgende Personen vorschlagen. Ein altbekanntes Gesicht und ein altbekannter Name: Bruno Stebler. Es freut mich, dass sich ganz spontan zwei jüngere Damen für das Stimmenzählermandat zur Verfügung gestellt haben. Jaqueline Oehri und Samantha Köpfli. Stellt jemand einen anderen Antrag? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Die Stimmenzähler sind somit gewählt und sollen sich mit Marco Kathriner in Verbindung setzen.

Ich mache einen Hinweis auf das Stimmrecht. Nicht Stimmberechtigte, das heisst nicht volljährige sowie nicht in Baar wohnhafte Personen, haben sich zu melden. Wer sich nicht meldet und trotzdem abstimmt, macht sich strafbar. Ich bitte die Gäste, kurz aufzustehen. Es sind 13 Gäste unter uns. Wir begrüssen unsere Gäste herzlich.

Ich habe Sie über Neueingänge von Motionen und Interpellationen zu orientieren. Seit der Drucklegung ist folgendes Begehren eingereicht worden: Interpellation der FDP.Die Liberalen betreffend "Mehr Transparenz an den Zuger Schulen". Da diese Interpellation 22 Tage vor der heutigen Gemeindeversammlung eingegangen ist und das Gemeindegesetz vorschreibt, dass alles, was 20 Tage vor der Gemeindeversammlung eintrifft, beantwortet werden muss, werden wir die Interpellation heute unter Traktandum 11 beantworten.

Die hängigen Vorstösse sind auf Seite 4 aufgeführt. Die Behandlung erfolgt zum Teil heute oder an einer der nächsten Gemeindeversammlungen. Die Motion "Schuldenbremse" der CVP Baar wurde zwischenzeitlich zurückgezogen.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir die Traktanden gemäss Vorlage behandeln. Es scheint niemand anderer Meinung zu sein.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember 2013

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Antrag

Das Protokoll sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Protokoll wird ohne Gegenstimme genehmigt.

Traktandum 2

Geschäftsbericht 2013

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Ich halte fest, dass wir vom Geschäftsbericht lediglich doch immerhin Kenntnis nehmen können. Alle Personen, die zum Rechnungsergebnis 2013 sprechen möchten, bitte ich, nicht unter diesem Traktandum Stellung zu nehmen. Es gibt unter Traktandum 3 ausreichend Gelegenheit dazu.

Antrag

Vom Geschäftsbericht 2013 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Vom Geschäftsbericht wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Finanzstrategie - Kenntnisnahme

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Aufgrund von diversen Diskussionen mit der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission, aber auch im Zuge der zwischenzeitlich zurückgezogenen Motion "Schuldenbremse" hat sich der Gemeinderat – wie an der Dezembergemeinde versprochen – erneut mit seiner Finanzstrategie auseinandergesetzt und diese in enger Zusammenarbeit mit den engagierten Parteien und den erwähnten Kommissionen überarbeitet. Mit der heutigen Vorlage erhalten Sie diese überarbeitete Finanzstrategie nun zur Kenntnisnahme.

Ich gehe davon aus, dass die vormalige Motionärin betreffend Schuldenbremse, vertreten durch Pirmin Frei, und auch der Präsident der RGPK, Pirmin Andermatt, sich diesbezüglich noch kurz zu Wort melden werden.

Auch zu diesem Traktandum ersuche ich Sie höflich, nicht zum Rechnungsergebnis 2013 zu sprechen, sondern sich lediglich auf die Aussagen der überarbeiteten Finanzstrategie zu konzentrieren.

Pirmin Andermatt

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission dankt dem Gemeinderat für die Überarbeitung der Finanzstrategie. Noch am Ende des letzten Jahres hätten wir ehrlichgesagt nicht damit gerechnet. Ich sah mich heute Abend bereits als grossen Kritiker hier stehen. Aber dank der guten Vorarbeit durch die Finanzkommission und dank dem ständigen Druck durch die Finanzkommission, durch die RGPK und durch die Motionärin ist es anders gekommen und ich kann den Gemeinderat loben. Das nun vorliegende Dokument ist wesentlich detaillierter formuliert und beinhaltet konkretere und nachvollziehbare Massnahmen. Es geht vermutlich sogar noch weiter als sämtliche vergleichbaren Instrumente in den anderen Zuger Gemeinden. Wir hätten uns vielleicht da und dort detailliertere Angaben gewünscht.

Nebst den von der RGPK auf den Seiten 10 und 11 formulierten kritischen Anmerkungen gilt es nun vor allem, dieses Instrument in den Abläufen der Verwaltung entsprechend umzusetzen und anzuwenden. Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass es aufgrund der aktuellen, hervorragenden Finanzlage der Gemeinde Baar möglicherweise in den nächsten Jahren zu kurz- bis mittelfristigen Zielkonflikten im Rahmen dieser Finanzstrategie kommen kann. Der Gemeinderat wird nicht darum herum kommen, Prioritäten zu setzen und diese auch entsprechend zu kommunizieren.

Pirmin Frei

Vor eineinhalb Jahren bin ich damals als neu gewählter und spritziger Präsident der CVP Baar hier gestanden und habe Ihnen vorgeschlagen, das Budget 2013 pauschal

um 5 % im Sachaufwand zu kürzen. So spritzig der Antrag gestellt wurde, so spritzig haben Sie ihn abgelehnt. An sich sollte jetzt definitiv allen klar sein, dass die Baarer Gemeindeversammlung keine Hauruck-Sparübungen will.

Die CVP Baar nimmt immerhin für sich in Anspruch, dass sie mit dem damaligen Antrag den Kostenoptimierungsprozess eingeläutet hat. Kurz vor Ostern 2013 haben wir die Motion Schuldenbremse eingereicht. Mit dieser haben wir weder auf Kostenoptimierungen noch auf Sparen gezielt, sondern auf Stabilität von unserem Gemeindehaushalt. In bewegten Zeiten ist Stabilität in den öffentlichen Finanzen von grösster Bedeutung. Und die Zeiten sind bewegt. Ein paar Stichworte: Immer rauer werdender Standortwettbewerb, zunehmend globalisierte Finanzmärkte, Besorgnis erregender Mangel an Fachkräften. Andererseits stehen wir in Baar, aber auch im Kanton Zug, vor Grossinvestitionen wie das Alterszentrum oder der Stadttunnel. Die Unternehmenssteuerreform 3 und der NFA werden indirekt auch auf uns Einfluss haben. Wie, wissen wir noch nicht. Für mich die grösste Herausforderung in Baar ist die Demografie. Wir werden in Baar deutlich mehr für die ältere Bevölkerung machen müssen, als in der Vergangenheit.

Wer gewohnheitsmässig auf grossem Fuss lebt, das haben wir in den vergangenen 20 Jahren mit Sicherheit, der hat es umso schwerer, wenn das Portemonnaie plötzlich dünner wird. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass die Finanzwirtschaft und die Politik zusammen die Schuldenbremse geschaffen haben. Nicht DIE Schuldenbremse, sondern Schuldenbremsen. Heute haben wir praktisch in allen Finanzhaushaltsgesetzen die Schuldenbremse in irgendeiner Form, teilweise offener und lockerer, teilweise rigid. Schuldenbremsen sind nicht mehr und nicht weniger als Mechanismen zum Schutz der öffentlichen Finanzen. Umso erstaunter waren wir, als uns am Tag nach Einreichen der Motion der Baarer Finanzvorstand Hans Steinmann und im Nachgang noch mehrere andere Gemeinderatsmitglieder öffentlich dafür gerügt haben, dass wir diesen Vorstoss eingereicht haben. Als ob es verboten wäre, sich ausserhalb des Gemeinderates finanzpolitische Gedanken zu machen. Unverständlich wurde es, als wir bemerkten, dass sich der Gemeinderat nicht ernsthaft, nicht über den eigenen Horizont hinaus, mit unserer Motion auseinander setzen wollte und einen Experten engagiert hat, von dem man genau wusste, dass seine Meinung der eigenen Meinung entspricht. Und nur noch Kopfschütteln hatten wir, als der Gemeinderat uns Anfang Jahr eingeladen hat, auf Kosten der Gemeinde bis Ende März ein zweites Gutachten einzuholen, er uns aber gleichzeitig mitgeteilt hat, dass er bereits Ende Februar abschliessend über unsere Motion entscheiden möchte. Mit anderen Worten, der Gemeinderat hat sich für die zweite Expertise überhaupt nicht interessiert. Man kann Geld auch sinnlos ausgeben.

Kurzum, die CVP Baar hat in der Folge auf eigene Kosten eine Expertise eingeholt. Zwei Telefonate haben genügt und wir fanden eine Frau Dr. Nadja Jerli. Sie schrieb im Jahr 2013 eine Doktorarbeit zum Thema Schuldenbremse in der Schweiz. Frau Dr. Jerli hat uns in einem persönlichen Treffen darin bestärkt, dass auch auf der Gemeindeebene Schuldenbremsmechanismen denkbar sind, auch wenn Schuldenbremsen idealerweise im kantonalen Gesetz verankert werden. Der Weg über eine Finanzstrategie hat sie ausdrücklich als zielführend und gut bezeichnet. Im Weiteren hat sie uns in der Vermutung bestärkt, dass Schuldenbremsen entgegen dem Wortlaut auch dann zum Tragen kommen müssen, wenn man, wie in Baar, nicht Schulden sondern Vermögen haben und das Gemeinwesen regelmässig Überschüsse produziert. In diesem Fall entzieht der Staat dem Bürger Geld und damit Kaufkraft. Das ist volkswirtschaftlich nicht erwünscht.

Im März hat der Gemeinderat unter expliziten Hinweis auf unsere Motion zu einem runden Tisch eingeladen. Er hat eine neue, revidierte Finanzstrategie vorgestellt und uns nochmals die Gelegenheit gegeben, uns dazu zu äussern. Dies haben wir selbstverständlich auch gemacht. Wir haben das geschätzt, haben uns aber gefragt, warum man es nicht von Anfang an so gemacht hat.

Im April hat er die definitive Strategie vorgelegt. Es ist diese, die Sie heute lesen können. Oh Wunder und Glückseeligkeit, endlich hat er Schuldenbremsenüberlegungen einfliessen lassen, so wie wir es vor eineinhalb Jahren gefordert haben. Er hat insbesondere den relevanten Zeitraum, in dem sich der Baarer Finanzhaushalt ausgeglichen präsentieren soll, definiert.

Die CVP will diesen grossen Schritt des Gemeinderates anerkennen. Denn immerhin noch im Dezember hat der Gemeinderat gesagt, unsere Motion habe mit der Finanzstrategie nichts zu tun. Wir haben uns entschieden, die Motion zurück zu ziehen. Nicht weil wir die Strategie als absolut perfekt anschauen, aber weil wir dem Gemeinderat die Chance geben möchten, die Strategie zu leben. Sie können versichert sein, dass wir die Entwicklung der Baarer Finanzen weiterhin genau beobachten werden und sofort intervenieren, wenn die Strategie nicht mehr eingehalten wird. Ich stehe dazu, was ich unlängst der Presse gesagt habe, dass die Behandlung der Motion Schuldenbremse keine Meisterleistung des Gemeinderates war. Aber auch die Schweizer Fussballnati braucht nicht immer eine Meisterleistung, um im Juni Fussballweltmeister zu werden.

Ich danke allen, die auf unseren Vorstoss positiv reagiert haben. Wir haben viele Reaktionen erhalten. Ich danke der FDP Baar, dass sie damals die Interpellation mitgetragen hat und für die gute bürgerliche Zusammenarbeit. Ich danke dem Präsident der RGPK, Pirmin Andermatt, für den intensiven Fachdialog, ich danke dem Finanzsekretär Manuel Frei, nicht verwandt mit mir, und Walter Lipp für die Geduld und die Nerven, die es in den letzten Monaten gebraucht hat.

Die Dissertation schenke ich der Gemeinde. Vielleicht interessiert sich jemand für die Erkenntnisse darin, vielleicht sogar jemand vom Gemeinderat.

Andreas Hotz

Herzlichen Dank für das grosszügige Geschenk. Ich gebe es dem Finanzchef weiter.

Markus Hürlimann

Was uns als neue Finanzstrategie vorgelegt wurde, ist keine radikale Neugestaltung der bereits vorhandenen Strategie. Wenn man sich die einzelnen Ziele und Massnahmen anschaut, dann stellt man schnell fest, dass die Finanzstrategie über zu wenig konkrete und anspruchsvolle Ziele verfügt, keine Konsequenzen bei Nichteinhaltung der Ziele vorsieht und höchstens ein Bekenntnis des Gemeinderates zu den grundsätzlichen Zügen der Baarer Finanzpolitik darstellt. Es ist auch sicher nicht das, was sich die Finanzkommission vorstellte, als sie dem Gemeinderat den Vorschlag machte, die Finanzstrategie zu überarbeiten.

Aber trotzdem ist diese Finanzstrategie genau der richtige Ansatz für unsere Gemeinde. Dies erstaunt Sie jetzt vielleicht. Erstens werden in dieser Finanzstrategie die für die Gemeinde Baar finanzpolitisch interessanten und nötigen Eckpunkte verbindlich

festgelegt, nämlich der Zeitraum der Ausgeglichenheit des Baarer Finanzhaushaltes, die Bandbreite der Eigenkapitalquote und die angestrebte Position im innerkantonalen Steuerwettbewerb. Zweitens gibt es keinen Grund, dass der Gemeinderat in seinem Handeln unnötig eingeschränkt und von einem Stück Papier gelenkt und gesteuert werden sollte. Und drittens, und das ist gerade der SVP am allerwichtigsten, hat in der direkten Demokratie sowieso das Volk das letzte Wort. Egal, was in Papierform in dieser Strategie schön daherkommt. Sie als Bürgerinnen und Bürger bestimmen über grössere Ausgaben, Steuersenkungen, Steuerrabatte und wesentliche neue Leistungsangebote der Gemeinde. Und das ist auch gut so. Lassen Sie uns gemeinsam diese Art der direkten Demokratie mit der Gemeindeversammlung und einem bürgernahen und mit den nötigen Freiheiten ausgestatteten Gemeinderat so lange wie möglich bewahren.

Ich komme zum Votum von Pirmin Frei. Definitiv nichts zu tun mit dieser überarbeiteten Finanzstrategie, hat die Motion „Schuldenbremse", auch wenn er Ihnen das glaubhaft machen wollte. Lassen Sie sich bitte nicht täuschen. Kein einziges der sieben Ziele der Finanzstrategie ist von den vier Elementen der vorgeschlagenen Schuldenbremse beeinflusst worden. Mit diesen schönen und staatsmännisch gesprochenen Worten will man nur vom Rückzug der untauglichen Motion „Schuldenbremse" ablenken, welche als Werkzeug in der Praxis sowieso nicht getaugt, sondern höchstens Schaden angerichtet hätte.

Zum Thema CVP und Ausgabenbremse. Erinnern wir uns an den Zentrumspark für CHF 140'000.–, den Skulpturenpark, Tempo 30-Zonen, schul- und familienergänzende Betreuung und In- und Auslandhilfe in den vergangenen acht Jahren von insgesamt CHF 5.5 Millionen. Die CVP war immer ganz vorne dabei, wenn es um weitere Staatsaufgaben und Staatsausgaben ging. Selbst diese vertagte und schlussendlich glücklicherweise zurückgezogene Motion hat unnötig hohe Kosten verursacht, weil ein externer Experte hinzugezogen werden musste. Weshalb sollte sich die CVP plötzlich um tiefere Staatsausgaben kümmern. Wasser predigen und Wein trinken, kann ich dazu nur sagen.

Antrag

Von der Finanzstrategie 2015-2021 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Finanzstrategie wird Kenntnis genommen.

Traktandum 4

Rechnung 2013

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Erfreulicherweise und völlig überraschend schliesst das Geschäftsjahr 2013 wiederum weit besser ab, als budgetiert wurde. Statt eines erheblichen, seriös budgetierten Mehraufwandes von CHF 10,5 Mio. schliesst die Rechnung 2013 mit einem Ertragsüberschuss von gut CHF 8,7 Mio. ab. Die Differenz beträgt somit rund CHF 19 Mio..

Unsere Gemeinde hat zwar ihre Aufwandpositionen trotz hoher Qualität des Service Public gut im Griff, doch dürfen wir auf der Ertragsseite immer wieder von nicht budgetierbaren Zuzügen, dieses Mal im wahrsten Sinne des Wortes in Form von Lottogewinnen, und somit von unserem guten Ruf und unserer sehr attraktiven Positionierung profitieren. Dies ist eine nicht leicht erklärbare, jedoch höchst erfreuliche Tatsache.

Wie in den vergangenen Jahren praktiziert, schlage ich vor, dass wir zuerst die Rechnung Seite um Seite durchgehen und sich danach sämtliche Parteien und Bürgerinnen und Bürger zur Rechnung äussern können. Wenn Fragen auf den einzelnen Seiten auftreten, melden Sie sich bitte. Der Finanzchef oder der entsprechende Vorstand wird dann Auskunft erteilen.

Wir gehen die Rechnung Seite für Seite durch.

Ich stelle fest, dass das Wort zu einzelnen Positionen nicht gewünscht wird. Ich übergebe deshalb das Wort dem Präsidenten der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, RGPK, Pirmin Andermatt. Dies wohl letztmals in dieser Funktion, da sich Pirmin Andermatt entschieden hat, seine Tätigkeit bei der RGPK auf Ende Jahr aufzugeben.

Gleichzeitig benutze ich an dieser Stelle die Gelegenheit, ihm und seinen Kollegen der Kommission für die engagierte und kompetente Arbeit bestens zu danken. Die Komplexität und der Umfang der Arbeiten sind nach wie vor sehr hoch und zudem ist es für eine RGPK sicherlich nicht ganz einfach, dem Gemeinderat auf seine Finger zu schauen bzw. zu klopfen und gleichzeitig immer wieder überraschende Ertragsüberschüsse kommentieren zu müssen.

Pirmin Andermatt

Vielen Dank für die Komplimente, auch für meine Mitglieder.

Eine kleine Korrektur am Anfang. Auf den Seiten 33 -35 sind nicht die aktuellen Werte sondern die Buchwerte aufgeführt.

In Ausübung des uns von Ihnen übertragenen Mandats und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen hat die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, in Zusammenarbeit mit der externen Revisionsgesellschaft Balmer Etienne AG, Luzern, die Jahresrechnung, beinhaltend Bestandesrechnung, Laufende Rechnung, In-

vestitionsrechnung und Anhang, der Einwohnergemeinde Baar für das Jahr 2013 geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Gemeinderat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Unsere Prüfungen wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir haben die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben, das ist ein risikoorientierter Ansatz, geprüft. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsgrundsätze sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes.

Wir sind der Auffassung, dass die vorgenommenen Prüfungshandlungen eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bilden. Die Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde Baar schliesst mit einem Ertragsüberschuss von CHF 8.7 Mio. ab, notabene CHF 19.2 Mio. besser als budgetiert. Die wesentlichen Abweichungen sind im Bericht der Gemeinde erwähnt.

Aufgrund der durchgeführten Prüfungen bestätigen wir, dass die Bilanz, die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung mit der Buchhaltung übereinstimmen. Die Buchhaltung ist ordnungsgemäss geführt. Die gesetzlichen Vorschriften, Bestimmungen und Bewertungsgrundsätze werden eingehalten und die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte sind vorhanden.

Wir unterbreiten der Gemeindeversammlung folgende Anträge:

1. Die Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde Baar sei zu genehmigen und dem Gemeinderat Entlastung zu erteilen.
2. Der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Verteilung des Ertragsüberschusses sei zuzustimmen.

Wir weisen jedoch darauf hin, dass mit dem unerwarteten Ertragsüberschuss der Grundsatz eines ausgeglichenen Gemeindehaushaltes, wonach die Jahresrechnungen - bis anhin 5 Jahre, nach der neuen Finanzstrategie 8 Jahre - mittelfristig ausgeglichen sein sollen, nicht eingehalten ist. Der Gemeinderat wird deshalb, so paradox es klingen mag, nicht darum herum kommen, sich Gedanken über die Konsequenzen für das Budget 2015 bzw. den Finanzplan 2015 – 2019, allenfalls Steuersenkungen, einmaliger Steuerrabatt usw., machen müssen.

Erlauben Sie mir noch folgende Bemerkungen:

Die Einwohnergemeinde Baar steht finanziell ausgezeichnet da. Der Eigenkapitalanteil beträgt stolze 81% oder CHF 157 Mio. Wie der Finanzchef in der Zeitung ausgeführt hat, dürfen wir zufrieden sein. Er fühlt sich sogar sehr wohl. Man könnte beinahe sagen: Freude herrscht! Aber dürfen wir wirklich zufrieden sein? Dürfen wir wirklich zufrieden sein, wenn die Gemeinde zu viele Steuern einzieht? Stichwort Kaufkraft, das wir hier auch schon gehört haben. Wäre es nicht besser, wenn wir die zu viel bezahlten Steuern wieder zurück bekämen und dieses Geld selbst verkonsumieren könnten? Davon könnte vielleicht das lokale Gewerbe oder der Samstigmärt profitieren. Die möglichen Mehreinnahmen beim Gewerbe führten vielleicht auch zu höheren Steuern bei den ansässigen Unternehmen. Die Geschäfte und Firmen könnten vielleicht mehr Personal einstellen, was ebenfalls zu neuen Steuereinnahmen führen könnte. Sie sehen, man kann diese vermeintlich sehr gute finanzielle Situation der Gemeinde Baar auch mit anderen Augen, aus einem anderen Winkel, sehen.

So oder so ist die RGPK überzeugt, dass der Gemeinderat bis zur Budgetlegung 2015 gefordert ist, uns Steuerzahlern aufzuzeigen, weshalb er ein so hohes finanzielles Polster braucht. Nicht nur verbal ausführen, was für Investitionen in der nächsten Zukunft geplant sind, sondern dass er genau sagt, wie viel und wann sie anfallen. Wie man sieht, sind in den nächsten 5 Jahren keine Investitionen geplant. Warum brauchen wir dann dieses viele Geld? Welcher Mehrwert, welche Investitionen, sollen damit geschaffen werden? Er muss allenfalls auch die Frage beantworten, weshalb er vielleicht nicht gewillt ist, einen Teil dieses Polters wieder an uns Steuerzahler zurück zu zahlen.

Denise Pernollet

Ich mache für die CVP Baar einige Bemerkungen zum Jahresabschluss. Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Baar hat die Erwartungen wieder einmal positiv übertroffen. Trotz dem budgetierten Verlust haben wir die Rechnung mit einem beachtlichen Gewinn abgeschlossen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gewinn vor Allem aus den hohen Steuereinnahmen resultiert, welche schwer budgetiert werden können. Es ist erfreulich, dass die Gemeinde Baar mit diesem Gewinn die komfortable finanzielle Lage stärken kann. Trotz dem schönen Gewinn und der hohen Eigenkapitalquote möchten wir von der CVP auf einige Punkte aufmerksam machen.

Wie erklärt man dem Bürger das stets steigende Eigenkapital? Was denkt der Steuerzahler, wenn die Gemeinde den Gewinn nicht in genügend direkter Form an ihn zurück führt? Zugegeben, es stehen viele grosse Investitionen an. Wie vorhin erwähnt, das Alterszentrum, Renovation der Schulhäuser Dorfmatt und Wiesental und noch weitere. Investitionen sind notwendig und sicher auch für die Zukunft unserer Gemeinde sehr sinnvoll. Es darf aber nicht sein, dass eine Gemeinde so viel Geld auf die Seite legt und dann bei den Investitionen aus dem Vollen schöpft. Eine sinnvolle Ausgabe- bzw. Finanzstrategie muss unbedingt und weiterhin beachtet werden. Die Motion der CVP zur Schuldenbremse wurde zurück gezogen, da wir der Meinung sind, dass die Gemeinde Baar einige Massnahmen zur Kostenoptimierung in die Wege geleitet und teilweise bereits realisiert hat. Die Kostendisziplin ist somit zu einem grossen Teil eingehalten. Insgesamt muss in Zukunft aber weiterhin alles unternommen werden, dass die Finanzstrategie in einem gesunden Verhältnis festgelegt und gelebt werden kann. Die Investitionen sollen dort eingesetzt werden, wo es notwendig ist und in einem kostenoptimierten Verhältnis. Ein gesunder Finanzhaushalt bedeutet jedoch nicht nur Kostenoptimierung sondern auch, die Einnahmen nicht im Übermasse anzuäufnen. In diesem Sinne empfiehlt die CVP die Annahme der Rechnung 2013.

Malaika Hug

Ich halte dieses Votum stellvertretend für Zari Dzaferi, welcher sich kurzfristig entschuldigen musste.

Die SP Baar ist natürlich erfreut, dass die Rechnung 2013 besser abgeschlossen hat als bei der damaligen Budgetdebatte erwartet wurde. Trotzdem stellen wir einmal mehr fest, dass heisser gekocht als gegessen wurde. Einmal mehr wurde eine weitaus bessere Rechnung erzielt, als befürchtet.

Wir möchten Sie in diesem Zusammenhang an die Budgetdebatte für das Jahr 2014 vom vergangenen Dezember erinnern. Der Gemeindepräsident Andreas Hotz fand, dass sich auch privilegierte Organisationsstrukturen fit und gesund halten müssen.

Weshalb der Gemeinderat auch aufgrund von verschiedenen Voten an der vorletzten Gemeindeversammlung entschieden hat, sich ein Fitnessprogramm zu verschreiben. Die vorgeschlagenen Kürzungen im Budget 2014 wurden beinahe alle angenommen, was Einsparungen in der In- und Auslandhilfe, in der Jugendsportförderung, bei Vereinen und der Kultur zur Folge hatte.

Wir haben uns zusammen mit den Alternativen - die Grünen erfolglos gegen solche Einsparungen gewehrt und davor gewarnt, den Service Public auszuhöhlen, um anschliessend über Steuerrabatt und Ertragsüberschüsse auszugleichen. Dass unsere Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigt alleine der Umstand, dass die RGPK für das Budget 2015 eine weitere Steuersenkung ins Auge fasst, um einen ausgeglichenen Gemeindehaushalt zu erzielen. Parteien, die sich stets für Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen eingesetzt haben, wittern erneut die Chance, um Steuern zu senken. Vergessen Sie nicht, dass nur wenige von einer solchen Strategie profitieren, während die breite Bevölkerungsschicht das Nachsehen hat. Noch tiefere Steuern, obwohl wir bereits erstklassige Steuern haben, locken nur weitere gut betuchte Personen an und verdrängen damit einen weiteren Teil der eingesessenen Bevölkerung. Gleichzeitig muss der breite Mittelstand die beschlossenen Kürzungen in der Jugendförderung, im Vereinsleben und der Kultur mitfinanzieren, in dem er für das Angebot selber tiefer ins Portemonnaie greifen muss. Das kann nicht sein!

Die SP Baar bittet den Gemeinderat deshalb eindringlich, die im letzten Budget beschlossenen Kürzungen neu zu überdenken. Die Gemeinde Baar braucht einen gesunden Finanzhaushalt und sollte nicht Geld auf die hohe Kante legen. Das schreibt das Zuger Finanzhaushaltsgesetz vor .Auch möchten wir festhalten, dass überlegt werden muss, was mit den erzielten Überschüssen gemacht wird. Aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll, grosse Beträge in die Steuerausgleichsreserve zu verbuchen. Sonst liegen Forderungen nach einem noch tieferen Steuerfuss oder Steuerrabatt, von welchen der Mittelstand verhältnismässig wenig profitiert, schnell auf dem Tisch. Die Gemeinde sollte vielmehr das Interesse an einer möglichst breit durchmischten Bevölkerung haben. Darum müssen Massnahmen ins Auge gefasst werden, damit sich auch junge Familien und Normalbürgerliche ein Leben in Baar leisten können.

Der Gemeinderat wird herzlich eingeladen, sich mit Hilfe von Genossenschaften Gedanken im Bereich bezahlbarer Wohnungen zu machen.

Summa summarum stimmen wir der Jahresrechnung sowie der vorgeschlagenen Verteilung des Ertragsüberschusses nur zähneknirschend zu. Es ist zwar gut, dass wir mehr Geld in den Kassen haben, als prognostiziert. Allerdings ist es schlecht, dass wir ungerechtfertigte Budgetstreichungen tätigen und anschliessend einmal mehr über Steuersenkungen diskutieren.

Markus Hürlimann

Die SVP Baar dankt dem Gemeinderat für das Vorlegen der Jahresrechnung 2013 und für die geleistete Arbeit im letzten Jahr. Ein weiterer Dank gebührt wie immer auch der RGPK mit ihrem Präsidenten Pirmin Andermatt, welche nicht nur die Rechnung kompetent prüft, sondern auch die Geschäfte des Gemeinderates und der Verwaltung stets kritisch hinterfragt, Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigt und sich unvoreingenommen dazu äussert.

Wie wir erfreulicherweise zur Kenntnis nehmen konnten, ist die Jahresrechnung 2013 positiver ausgefallen als erwartet. Anstelle eines Aufwandüberschusses von CHF 10.5

Mio., wie im Budget 2013 vorgesehen, resultierte nämlich ein Ertragsüberschuss von CHF 8.75 Mio. Diese Abweichung von über CHF 19 Mio. ist aus verschiedenen Gründen zu Stande gekommen. Zum einen hatte die Gemeinde höhere Steuererträge zu verzeichnen. Dies wegen eines Sondereffektes, einem Lottogewinn, bei den natürlichen Personen und andere Mehreinnahmen bei der Grundstückgewinnsteuer und den juristischen Personen. Andererseits haben die Abteilungen weniger investiert als vorgesehen, Unterhaltsarbeiten wurden nicht planmässig durchgeführt und die Abschreibungen fielen tiefer aus als geplant. Alles in allem basiert dieses Resultat also auf Zufällen, auf glücklichen, unglücklichen und aber auch auf durchaus geplanten Zufällen.

Weil mit einem solchen Resultat nicht zu rechnen gewesen war, haben sich der Gemeinderat und die Verwaltung im letzten Jahr zur Aufgabe gemacht, Kostenoptimierungspotenzial aufzuspüren. Eine nicht ganz einfache Aufgabe, denn wer will schon freiwillig in seinem Gärtchen auf etwas verzichten und dann noch so kurz vor den Wahlen? Ein Blick in die detaillierte Darstellung der Jahresrechnung, in die sogenannte „Bleiwüste", hat dann auch verraten, dass im ersten Schritt nicht in allen Abteilungen gleichermassen Kostenstellen zum Optimieren gefunden worden sind. Die SVP weiss aber, dass der Gemeinderat sich bereits wieder Gedanken zur weiteren Kostenoptimierung macht und wir schauen heute schon gespannt auf die nächsten Vorschläge. Sie geben den Parteien sicher wieder genug Stoff für politische Vorstösse und Diskussionen.

Diskussionen und Bauchweh löste bei der SVP das weitere Anwachsen unserer immensen finanziellen Reserven aus. Wir haben ein immenses Eigenkapital, das wir weiterhin Jahr für Jahr vor uns herschieben und leider im Moment nicht sinnvoll einsetzen können. Bei aller Vorsicht und Bedenken betreffend die anstehenden Grossprojekte, sollte möglichst bald ein Teil dieses Vermögens reduziert werden, sei es mit einem Steuerrabatt, mit einer weiteren Senkung des Steuerfusses oder – noch besser – mit beidem.

Im Namen der SVP Baar bitte ich Sie, die Jahresrechnung 2013 zu genehmigen und der vorgeschlagenen Verbuchung des Ertragsüberschusses zuzustimmen.

Andreas Lustenberger

Baar wächst und wer wächst wird laufend mit neuen und grösseren Aufgaben konfrontiert. Ich denke hier nicht nur an die Infrastruktur wie zum Beispiel Schulhäuser, sondern auch an die Aufgabe im Bereich der Kinderbetreuung oder beim Wohnen im Alter. Baar ist international ein wirtschaftlich attraktiver Standort und ich denke, dies erleben alle auch in ihrem Alltag. Wachstum bringt Vorteile, so schliesst die Gemeinde Baar 2013 wider Erwartens mit einem Überschuss von CHF 8 Mio. ab, wovon ein grosser Teil aus den Mehreinnahmen der Steuern kommt.

Trotz des Wachstums ist aber auch festzustellen, dass gewisse Dinge rückläufig sind. So haben zum Beispiel verschiedenste Vereine grosse Nachwuchsprobleme. Vorallem auch wenn es darum geht, die ehrenamtliche Arbeit weiter zu führen, stehen viele Organisationen vor grössten Schwierigkeiten. Durch die aggressive wirtschaftliche Wachstumspolitik, die in den letzten Jahrzehnten im Kanton Zug betrieben wurde, verlieren Gemeinden wie Baar immer mehr ihre Seele und verkommen im schlimmsten Fall zu regelrechten Schlafstädten, wo man zwar am Abend auf Baar kommt, aber in Olten arbeitet und das Wochenende in Luzern verbringt. Dieser Entwicklung schauen die Alternativen - die Grünen mit grosser Sorge entgegen und es wird gemeinsame Lösungen brauchen, um hier eine Trendwendung zu schaffen.

Eine grosse Problematik ist zum Beispiel das Wohnungswesen, wie es meine Vorrednerin Malaika Hug ausgeführt hat. Für viele Personen ist spätestens dann Schluss mit Wohnen in Baar, wenn man eine Familie gründen möchte. Wenn wir unsere Gemeindefinanzen genauer anschauen fällt auch uns auf, dass die Gemeinde Baar über mehr als CHF 100 Mio. freie Reserven verfügt. Wir sind der Auffassung, dass solche Reserven gerade im Bereich einer nachhaltigen Wohnungspolitik sehr gut eingesetzt wären.

Der Alternative - die Grünen Baar ist es zudem ein grosses Anliegen, dass sowohl die RGPK wie auch gewisse Parteien wieder zurück zu einer verantwortungsbewussten Finanzpolitik kommen und nicht aus irgendwelchen Taktierereien Sparpakete auf Kosten von unserem Zusammenleben fordern und in eine regelrechte Sparhysterie verfallen. So muss sich der Gemeinderat ernsthaft überlegen, ob eine Kürzung vom letzten Dezember im Bereich der Vereine und der In- und Auslandhilfe nicht wieder rückgängig gemacht werden sollen.

Wir begrüssen zudem, dass die übermotivierte und spritzige Motion Schuldenbremse zurückgezogen wurde. Es muss einfach auch einmal gesagt werden, dass die Gemeinde keine börsenkodierte Aktiengesellschaft ist, die Ende Jahr eine möglichst hohe Dividende ausschütten muss. Sowohl das Wort Gemeinde wie auch Gemeinschaft kommen vom gleichen Ursprung und das sollte man sich in diesen Tagen wieder etwas mehr auf die Fahne schreiben und nicht immer mehr Leistungen abbauen. Denn das kommt schlussendlich nur den Wenigsten zu Gute.

Die Alternativen - die Grünen bedanken sich beim gesamten Gemeinderat und insbesondere beim gesamten Verwaltungspersonal für die geleistete Arbeit und empfehlen mit den vorher genannten Sorgen und Empfehlungen der Rechnung und der Verbuchung des Ertragsüberschusses 2013 zuzustimmen.

Andreas Hostettler

Damit es heute Abend nicht in die Verlängerung geht, nur ganz kurz. Für mich sind zwei Dinge wichtig. Als erstes sind wir doch einfach dankbar. Dankbar, dass es uns gut geht. Und als zweites: Gehen wir mit dem was wir haben verantwortungsvoll um. Wir haben einige Vorschläge dazu gehört.

Antrag

1. Die Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde Baar sei zu genehmigen und dem Gemeinderat Entlastung zu erteilen.
2. Der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Verteilung des Ertragsüberschusses sei zuzustimmen.

Beschluss

1. Die Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde Baar wird einstimmig genehmigt.
2. Der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Verteilung des Ertragsüberschusses wird ohne Gegenstimme gefolgt.

Traktandum 5

Alterszentrum Bahnmatt, Baar - Kredit für ein Vorprojekt

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Michael Riboni

Wie erwähnt, darf ich heute als Mitglied und Vertreter der Baukommission zu Ihnen sprechen. An der Gemeindeversammlung vom 20. März 2012, Sie erinnern sich bestimmt, wurden wir ausführlich über den Zustand des Alterheims Bahnmatt informiert.

Für die Neukonzeption des Altersheims Bahnmatt wurde ein Planungskredit bewilligt. Seither, also seit dem März 2012, hat sich einiges getan. Zum einen hat sich die Genossenschaft für Alterswohnungen in der Zwischenzeit entschieden, ebenfalls am Projekt mitzumachen und zum anderen konnte das Wettbewerbsverfahren bereits durchgeführt und das Projekt Leon/Louise zum Wettbewerbssieger gekürt werden. In einer nächsten Planungsphase, in der Phase Vorprojekt, geht es nun darum, dass das siegreiche Wettbewerbsprojekt verfeinert wird. Dies aufgrund der Kritikpunkte und der Rückmeldungen der Jury wie auch der Betreiber und Benutzer des Altersheims Bahnmatt.

Eine Gemeinde wie Baar baut nicht jedes Jahr und auch nicht alle 5 oder alle 10 Jahre ein neues Alters- und Pflegeheim. Aus diesen Gründen ist es unerlässlich und zwingend, dass bereits im jetzigen Verfahrensstadium Fachpersonen beigezogen werden, damit in den Neubauten optimale Betriebsabläufe gewährleistet werden können.

Die Baukommission begleitet den Neubau Bahnmatt seit Beginn der Planungsphase sehr eng. Über Machbarkeitsstudien und das Wettbewerbsverfahren wurden wir vom Gemeinderat laufend orientiert. Ebenso waren wir in der Wettbewerbsjury mit einem unserer Mitglieder direkt vertreten. Aufgrund dieser Erfahrungen und diesem Wissen sind wir in der Baukommission überzeugt, dass das vom Gemeinderat vorgeschlagene Vorgehen, jetzt ein bereinigtes Vorprojekt mit einer ersten Grobschätzung der Kosten auszuarbeiten, absolut richtig ist. Es wäre unverantwortlich, bei einem so grossen und auf die Zukunft ausgerichteten Projekt Schnellschüsse zu produzieren. Die Baukommission erachtet es zudem als optimal, dass mit der geplanten Etappierung auf den Bau eines kostenintensiven Provisoriums verzichtet werden kann. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Altersheims Bahnmatt haben es verdient, ihren Ruhestand zu geniessen und nicht in ein ungemütliches Provisorium umziehen zu müssen.

Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Baukommission, dem Kredit für das Vorprojekt zuzustimmen. Zum Schluss darf ich Ihnen an dieser Stelle mitteilen, dass auch die SVP Baar den Antrag einstimmig unterstützt. Die SVP fordert den Gemeinderat aber auf, die Kostenentwicklung bereits in der Planungsphase intensiv zu überwachen. Denn auch in diesem Bauprojekt, muss gelten, Wünschbares von Notwendigem zu trennen.

Antrag

Für die Erarbeitung eines Vorprojektes für die Neukonzeption Alterszentrum Bahnmatt mit Pflegeheim, Betreutem Wohnen und einer Einstellhalle sei zu Lasten der Investitionsrechnung für das Vorprojekt ein Kredit von CHF 970'000.– zu bewilligen.

Beschluss

Der Kredit für die Erarbeitung eines Vorprojektes zu Lasten der Investitionsrechnung wird ohne Gegenstimme bewilligt.

Traktandum 6

Finanzierungsbeitrag Pfadiheim Baar

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Lustenberger

Als langjähriges Pfadimitglied ist es mir natürlich ein grosses Anliegen, dass das vom Gemeinderat beantragte Geld heute Abend gesprochen wird. Über die Wichtigkeit und den grossen gesellschaftlichen Nutzen für unsere Jugend, was Vereine wie Pfadi oder der FC Baar tagtäglich leisten, muss nichts mehr gesagt werden.

Das Motto des Neubaus ist ja bekanntlich „Bau mit eus es Neus" und ein Neues ist dringend notwendig. Das alte Pfadiheim ist heute wirklich fast nicht mehr brauchbar. Von den Temperaturen merkt man keinen Unterschied ob man drinnen oder draussen ist, die Küche ist in einem desolaten Zustand und der Estrich ist nicht mehr begehbar. Ich erinnere mich, dass ich vor ein paar Jahren dort beinahe selber eingestürzt bin. Mit der Renovation des zweiten Gebäudes, bekommt Baar endlich wieder ein gut funktionierendes Lagerhaus, das für Vereine aus Baar, aus Zug und aus der ganzen Schweiz genützt werden kann.

Die Alternativen - die Grünen unterstützen deshalb einstimmig den Antrag des Gemeinderates und lehnen den Gegenvorschlag der RGPK ab. Es mag stimmen, dass für solche Finanzierungsbeiträge kein einheitliches Prozedere vorhanden ist, aber es ist nicht an der RGPK, an einem konkreten Fall einen neuen Prozess durchzusetzen, zu exerzieren und damit einen Präzedenzfall zu schaffen. Sollte ein einheitlicher Prozess tatsächlich dem Wunsch der Mehrheit von Baar entsprechen, dann bitte ich die RGPK, einen allfälligen Auftrag an den Gemeinderat zu formulieren.

Aus Sicht der Pfadi möchten wir natürlich auf keinen Fall künftigen Generationen einen Schuldenberg hinterlassen und so die wichtige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gefährden. Jetzt so kurz vor den Sommerlager wäre es natürlich eine tolle Nachricht, wenn nach mehreren Jahren harter Planungsarbeit, nach unzähligen Anlässen, die bestimmt viele von Ihnen auch besucht haben, wie zum Beispiel der Lottomatch oder der Sponsorenlauf, nach den Sommerferien mit dem Bau begonnen werden könnte. Ich bedanke mich deshalb bei allen für die Unterstützung.

Peter Züllig

Eigentlich wollte die RGPK zu diesem Traktandum keine Stellungnahme abgeben. Ist ihr doch auch klar und es ist unbestritten, dass die Pfadi Baar einen wichtigen Beitrag für das Vereinsleben in Baar leistet. Unbestritten ist auch der Betrag von CHF 300'000.–. Die RGPK ist jedoch nicht einverstanden mit der Art und Weise, wie die Gewährung stattfindet. Aus unserer Stellungnahme an der heutigen Gemeindeversammlung zitiere ich: „Die RGPK musste beim vorliegenden Geschäft feststellen, dass die Verhandlungen mit dem Verein Pfadiheim Baar zum Zeitpunkt unserer Beurteilung bereits definitiv abgeschlossen waren. Allfällige Empfehlungen wie Aufteilung des Finanzierungsbeitrages in einen à-Fonds-perdu Beitrag und ein rückzahlbares aber

zinsloses Darlehen sowie andere Gegenleistungen durch die Pfadi waren damit bereits abgeschlossen.

Die RGPK konnte also ihrer Aufgabe als Geschäftsprüfer nicht nachkommen. Es kann nicht sein, dass wir etwas durchwinken müssen. Unter Geschäftsprüfung verstehen wir etwas anderes.

Zudem ist die Aussage der Pfadi Baar, der nächsten Generation kein Fremdkapital zu überlassen, sehr ehrenhaft. Gerne würden wohl viele Bürgerinnen und Bürger bei Investitionen gleichartig handeln wollen. Wir finden, dass eine Investition auch einen Teil mit Fremdkapital finanziert werden kann. Gerade dann, wenn es um ein langfristiges, zinsloses Darlehen gehen soll. Mit unserem Antrag möchten wir für jetzt und auch für die Zukunft nachvollziehbare und planbare Vorgaben festlegen sowie eine Gleichbehandlung von allen Baarer Vereinen erreichen. Unser Antrag sagt, dass Baarer Vereine bei Investitionsanträgen 2/3 à-Fonds-perdu, also geschenkt, und 1/3 als ein zinsloses bis maximal 20 Jahre laufendes Darlehen erhalten sollen. Damit wird die Gleichbehandlung von allen Vereinen gewährleistet und für die nächsten Generationen ist es auch bewusst, dass wir Baarer Bürgerinnen und Bürger wohlwollend Investitionsanträgen gegenüber stehen und unterstützen.

Andreas Hostettler

Ich weiss nicht, ob die Pfadi extra so geschickt taktiert hat und das Geschäft auf heute traktandiert hat, wo wir kurz vor den Wahlen stehen. Keine Partei kann hier Nein sagen. Faktisch aber engagiert sich die Pfadi sehr. Sie hat aus Eigeninitiative doch einiges gemacht und Geld gesammelt. Die Pfadi wird auch bei der Arbeit mithelfen. Vom Gewerbe von Baar spürt man ebenfalls grosse Unterstützung.

Wir wissen, dass die Pfadi eine gute Sache ist. Aufgrund dieser Grundlagen und Fakten sagen wir von der FDP Ja, im Bewusstsein jedoch, dass bei anderen Vereinen Begehrlichkeiten geweckt werden. Ich kann dazu sagen, lernt von der Pfadi, denn in vier Jahren sind wieder Wahlen.

Andreas Hotz

Die Traktandenliste setzt der Gemeinderat fest, nicht die Pfadi.

Martin Pfister

Auch die CVP Baar empfiehlt Ihnen, dem Antrag zuzustimmen. Ich selber sollte jedoch eher dagegen sein, da ich als Jugendlicher das erste und wahrscheinlich letzte Mal bei einem Hausbau mithelfen durfte. Ich erinnere mich an diese Zeiten und natürlich ist es schade, wenn ein Haus, bei dem man selber mitgebaut hat, abgerissen wird. Doch auch ich als aktiver Dienstpfädler empfehle Ihnen trotzdem, das Haus abzureissen, ein neues aufzubauen und dem Kredit zuzustimmen.

Dies aus drei Gründen. Das Pfadiheim, so wie es vorgesehen ist, ist eine gute Investition. Infrastruktur gehört zu den Kernaufgaben der Gemeinde und diese Investition ist sicher auch über die Pfadi hinaus für Baar ein Gewinn. Zweitens hat die Gemeinde im Prozess der Entstehung des Pfadiheims zu Recht von der Pfadi Eigenleistungen eingefordert, wie es für einen Jugendverein auch richtig ist. Vom Prozess her finden wir es

auch wichtig, dass wir jetzt den letzten Schritt genehmigen, dass die Gemeinde das Pfadiheim unterstützt. Als drittes hat die Pfadi das Projekt gut im Griff, es ist ein sehr gut geführter Verein. Die Leitung der Pfadi Baar hat das Vertrauen für dieses langjährige Projekt zu Recht verdient.

Auch wenn ich meinen eigenen Kindern nicht alles empfehle, was ich in der Jugend gemacht habe, kann ich ihnen die Pfadi empfehlen und deshalb unterstütze ich dieses Projekt auch mit Herzblut.

Hans Steinmann

Die Pfadi Baar ist vor ca. 14 Monaten das erste Mal an die Gemeinde gelangt und hat das Projekt dem Gemeinderat vorgestellt. Die Pfadi hatte auch Vorstellungen bezüglich Kosten und präsentierte bereits Pläne. Auch hatte sie Vorstellungen, was die Gemeinde beitragen könnte. Wir haben es diskutiert und wie Martin Pfister bereits gesagt hat, die Pfadi wieder zurück geschickt. Sie mussten zuerst beweisen, dass sie auch mit Eigenleistungen und Gönnerbeiträgen ihren Beitrag leisten. Wenn es am Schluss nicht reicht, sind wir bereit, den Restbetrag beizusteuern.

Wäre es nach der Pfadi gegangen, hätte man das Geschäft bereits auf den letzten Dezember traktandiert. Wir wollten jedoch, dass die Pfadi mehr Zeit hat. Es wurde seriös vorbereitet und der Betrag, der hoffentlich heute Abend gesprochen wird, ist im Prinzip die Differenz, bei der sie nicht in der Lage sind, sie selber beizusteuern. Der Rest stammt von verschiedenen Investitionen und auch Baarer Firmen beteiligen sich. Von daher hat ein normaler Prozess stattgefunden. Ich verstehe die RGPK nicht, dass sie überrascht reagiert hat. Hoffen wir, dass es zu einem guten Gelingen kommt.

Andreas Hotz

Das Wort wird nicht mehr weiter gewünscht. Wir haben einen Gegenantrag der RGPK betreffend Aufteilung der Summe. Ins erste Mehr kommt der Antrag der RGPK, ins zweite Mehr der Antrag des Gemeinderates.

Antrag der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Für das Projekt „Pfadiheim Baar" seien zu Lasten der Investitionsrechnung 2015 ein nicht rückzahlbarer (à-Fonds-perdu) Beitrag von CHF 200'000.– und ein rückzahlbares, zinsloses Darlehen von CHF 100'000.– (Rückzahlung in spätestens 20 Jahren) an den Verein Pfadiheim Baar zu gewähren.

Beschluss

Der Antrag der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission wird klar abgelehnt.

Antrag

Für das Projekt «Pfadiheim Baar» sei zu Lasten der Investitionsrechnung 2015 ein Beitrag von CHF 300'000.– zu bewilligen.

Beschluss

Der Beitrag für das Projekt „Pfadiheim Baar" wird grossmehrheitlich bewilligt.

Traktandum 7

Beantwortung der Motion der FDP.Die Liberalen, CVP und SVP Baar betreffend «Erhöhung der Ausnützungsziffer in den Zonen W2b/0.5 und W3/0.6 (Änderung der gemeindlichen Bauordnung)»

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Daniel Abt

Ich spreche zu Ihnen als FDP-Vertreter und Mitinitiant der vorliegenden Motion.

2005 fand die letzte Ortsplanungsrevision statt. Damals stand diese unter dem Stern der Entdichtung. Dies ist nach heutigen Erkenntnissen falsch. Insbesondere auch Aufgrund der deutlich angenommenen Abstimmung über die Raumplanungsrevision vom März 2013 stehen alle Zeichen auf Verdichtung. Im Kanton Zug wird somit in den nächsten 20 Jahren kein zusätzliches Land eingezont werden können.

Wir sind mit dem Gemeinderat, dem beauftragten Planungsbüro Suter von Känel Wild und dem kantonalen Raumplanungsamt absolut einig, dass die mit der letzten Richtplananpassungen beschlossenen punktuellen Verdichtungsgebiete entlang der Stadtgrenze Zug/Baar beispielsweise mit einer Ausnützungsziffer von 3.5 zielführend und richtig sind. Allerdings muss dabei beachtet werden, dass ein grosser Teil dieser Gebiete mit einem relativ neuen Baubestand besiedelt ist und es Jahre dauern wird, bis die Verdichtung endlich Früchte trägt.

Die zusätzliche Verdichtung in W3-Gebieten muss ebenfalls umgehend angegangen werden. Dazu müssen alle W3-Gebiete separat beurteilt werden. Bis zur nächsten Ortsplanungsrevision abzuwarten ist nicht nötig und wäre ein Fehler.

Zugegeben, wir Motionäre haben einen Fehler gemacht. Und zwar darin, dass wir im jugendlichen Leichtsinn und Übermut die Ausnützungsziffer auch in der Zone W2 erhöhen wollten. Im Laufe der Beratung mit dem Gemeinderat, haben wir dies schnell erkannt und uns bereit erklärt, diesen Teil der Motion zurückzuziehen. An der Erhöhung der Ausnützungsziffer in der Zone W3 von 0.6 auf 0.7 halten wir aber nach wie vor fest. Gerne erkläre ich Ihnen weshalb. Mit der Ausnützungsziffer wird definiert wie viele m2 Wohnfläche pro m2 Bauland realisiert werden kann. Auf einem Grundstück von 1'000 m2 darf zum Beispiel mit einer Ausnützungsziffer von 0.6 600 m2 Wohnraum realisiert werden.

Vor 2005, also vor der letzten Ortsplanungsrevision, war in der Zone W3 bereits eine Ausnützung von 0.7 festgelegt. Diese wurde dann fälschlicherweise auf 0.6 herabgesetzt. Wir wollen nicht mehr Ausnützung, als wir vor dem Jahr 2005 hatten. Wir wollen nur zurück auf den Stand vor dem Jahr 2005. Man muss sich bewusst sein, dass durch diese Anpassung lediglich die Ausnützung erhöht wird. Die Gebäudelänge, -breite, -höhe, die Anzahl Geschosse sowie die Grenz- und Gebäudeabstände bleiben gleich.

Ein gutes Beispiel dazu sind die preisgünstigen Wohnungen in der Schürmatt. Mit den gleichen Gebäudeabmessungen hätte mit einer Ausnützung von 0.7 statt 0.6, pro Ge-

bäude je eine zusätzliche Wohnung erstellt werden können. Es sind günstige Wohnungen, die uns allen zu Gute kommen.

Das Thema ist komplex und die Vorlage sicherlich nicht einfach verständlich. Auch das mehrmalige hin und her zwischen Motionären und Gemeinderat befremdet vielleicht den einen oder anderen. Im Sinne der Sache wäre es dienlich gewesen, wenn der Gemeinderat ein Treffen mit allen Beteiligten einberufen hätte statt nur per Post und E-Mail mit dem Amt für Raumplanung zu kommunizieren und die Motionäre separat zu begrüssen.

Aus meiner Sicht war es auch unprofessionell dem Amt für Raumplanung und dem Planungsbüro Suter von Känel Wild ein bereits ablehnend formuliertes Argumentarium zur Stellungnahme zuzustellen anstatt eine neutrale unvoreingenommene Meinung einzuholen. Das Argument, dass durch eine Arealbebauung bereits heute zusätzliche Ausnützung realisiert werden kann, hinkt aus meiner Sicht gewaltig. Denn mittels Arealbebauung kann heute statt 0.6 eine Ausnützung von 0.7 realisiert werden. Wäre die Basis aber bereits 0.7 könnte 0.8 realisiert werden. Ausserdem weiss auch der Gemeinderat, dass für eine Arealbebauung ein Grundstück mindestens 2'000 m2 gross sein muss und somit wesentliche Grundstücke diese Variante gar nicht in Betracht ziehen können.

Es macht uns in Gottes Namen den Anschein, dass der Gemeinderat die Anpassung der Ausnützung zum jetzigen Zeitpunkt schlichtweg nicht in Angriff nehmen will und dafür Argumente sucht. Das folgende Beispiel möchte ich nicht werten, doch wenn Sie heute Abend den Gemeindesaal verlassen, sehen Sie direkt an die Überbauung Marktgasse. Das kann einem gefallen oder nicht gefallen. Dies ist ein Beispiel von Verdichtung mit einem Bebauungsplan.

Wenn Sie wollen, dass Verdichtung grundsätzlich über Bebauungspläne und Arealbebauungen erreicht werden soll, dann stimmen Sie dem Antrag des Gemeinderats zu. Wenn Sie aber wollen, dass eine vernünftige Verdichtung auch in bebauten Gebieten mittels Ersatzbauten, Anbauten, Aufstockungen oder Dachausbauten erfolgen soll und so die Identität unserer Quartiere beibehalten wird, dann lehnen Sie die Abschreibung unserer Motion ab und beauftragen den Gemeinderat, die Ausnützungsziffer in W3-Gebieten in Angriff zu nehmen.

Heini Schmid

Im Namen der CVP Baar beantrage ich Ihnen dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Motion als erledigt abzuschreiben. Da die generelle Ortsplanungsrevision ansteht, macht es für die CVP keinen Sinn mehr noch ein separates Verfahren mit ungewissem Ausgang durchzuziehen. Materiell stehen wir zur FDP, doch wir glauben, es ist zu viel Zeit vergangen. Der Haupteinwand war, dass die Ortsplanungsrevision eine Gesamtbetrachtung sein soll und eine Einzelfallbetrachtung eher nicht gewünscht ist. Materiell halten wir weiterhin an den Anträgen fest.

Der Gemeinderat verspricht, dass er das Anliegen der Motionäre im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision prüfen wird. Für CVP ist aber klar, dass nachdem die Motion ja von der Gemeindeversammlung erheblich erklärt wurde, der Gemeinderat den Auftrag hat, das Anliegen im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision umzusetzen. Insbesondere war die Abzonung der W3-Zone von 0.7 auf 0.6 aus heutiger Sicht ein katastrophaler Fehler. Dieser Fehler ist im Rahmen der nächsten Revision zu korrigieren. Denn eines ist klar, wir müssen überall dichter Bauen um unsere Land-

schaft zu schützen. Verdichtungsschwerpunkte wie es der Kanton wie auch die Gemeinde vorsehen sind ja gut und recht, diese werden aber nicht ausreichen, um die Nachfrage zu decken. Wir sind alle daran interessiert, dass die Bodenpreise nicht ins unermessliche steigen, sondern dass es sich auch bei grosser Nachfrage möglichst viele Baarer leisten können, in Baar zu wohnen.

Georg Joho

Vor fast genau zwei Jahren habe ich Ihnen hier vorgeschlagen, die Motion der FDP, CVP und SVP nicht weiter zu verfolgen. Die Gründe können Sie der Gemeindeversammlungsvorlage ab Seite 48 entnehmen. Es ist nicht so, dass es schlecht ist, generell zu verdichten. Doch die generelle Verdichtung in W3 über alle Zonen, ohne genaue Betrachtung, erscheint mir nicht sinnvoll.

Alle Fachpersonen über die Parteigrenzen hinaus sind sich einig, dass das Vorgehen über diese Motion nicht der richtige Weg ist. Auch die Planungskommission hätte das Geschäft sonst anders verabschiedet.

Zwei Jahre intensive Auseinandersetzung mit den Motionären mit der juristisch fraglichen Abänderung des Motionstexts haben die Gemeinde einen Aufwand von fast 200 Stunden oder Kosten von über CHF 20'000.– beschert. Ich frage mich, ob es gerechtfertigt ist, dies in Anbetracht, dass wir im vergangenen Dezember den Kulturkredit, den Beitrag an die Rathus-Schüür, an die Jugendsportförderung und unsere Vereine um jeweils CHF 20'000.– gekürzt haben.

Die Alternativen - die Grünen und die SP empfehlen Ihnen, wie dies auch vom Gemeinderat vorgeschlagen wird, die Motion endlich als erledigt abzuschreiben. Ich hoffe schwer, dass bei der nächsten Ortsplanungsrevision, die bald vor der Tür steht, wieder mit Vernunft an unserer Heimat geplant wird. Denn es ist gefährlich, Fehler zu machen. Diese wieder auszubessern ist schwierig, wie man in anderen Kantonen sieht.

Paul Langenegger

Verdichtung ist sehr wichtig. Der Gemeinderat und die Abteilung Planung / Bau wissen das. Wir wollen jedoch keine Hau-Ruck-Übung machen. Als bei der Ortsplanungsrevision 2005 W3 um 0.1 gesenkt wurde, waren alle Kommissionen und alle Parteien damit einverstanden. Auch damals hat man über Verdichtung gesprochen. Es wäre nicht gut, nun dazwischen etwas zu verändern.

43 % unserer eingezonten Fläche sind in der Zone W3. Man müsste eine Ausschreibung vornehmen und in Zug die Bewilligung einholen. Der Kanton hat bereits mitgeteilt, dass sie einem Begehren nicht zustimmen würden. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Antrag

Die Motion sei im Sinne des Berichtes des Gemeinderates als erledigt abzuschreiben.

Beschluss

Die Motion wird im Sinne des Berichtes des Gemeinderates grossmehrheitlich abgeschrieben.

Traktandum 8

Motion der SVP Baar betreffend «Revision Kommissionswesen der Gemeinde Baar» – Entscheid über Erheblicherklärung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Beni Riedi

Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Beantwortung unserer Motion. Auch wenn wir von der SVP Baar nicht mit allen Punkten einverstanden sind.

Im Antrag 1 möchten wir Kommissionen auf Gemeindeebene so ordnen, wie es im Kantonsrat ist. Es sollen keine externen Berater während den Abstimmungen zugelassen sein. Ich möchte hier festhalten, dass externe Berater während den Kommissionssitzungen wichtig sind und diese auch geschätzt werden. Doch während den Abstimmungen möchten wir keine externen Mitglieder. Es gibt vereinzelte Kommissionen, bei denen externe Mitglieder Einsitz haben und abstimmen können. Wir wollen, dass politische Vertreter, also die Parteien, als alleiniges Gremium abstimmen können. So wird das Bild nicht verzerrt. Denn früher oder später wird es schwierig, die Grenzen zu ziehen, welche Mitglieder zugelassen werden und welche nicht. Dies kann zu einem Durcheinander führen. Wir erachten die externen Berater als wichtig, doch sie sollen beratend sein und vor der Abstimmung die Kommission verlassen. Ansonsten wird die Stimmbeteiligung verzerrt und in einzelnen Kommissionen kann es Berater geben, die entgegen der Parteivertreter abstimmen. Dies gibt anhand des Wähleranteils Verzerrungen.

Der Antrag 2 ist noch wichtiger. Als Einstieg möchte ich aus dem Bericht des Gemeinderates zitieren: „Für den Gemeinderat ist nicht klar, was das neue Wahlgesetzt mit der Kommissionsarbeit zu tun hat und wo heute, wie von der Motionärin angesprochen, konkrete Mängel bestehen.“ Mit dem Antrag 2 möchten wir, dass Kommissionsmitglieder neu nach Kantonsratsmandaten, also nach dem Wähleranteil des Kantonsrats, besetzt werden. Bis jetzt war es so, dass die Kommissionssitze von den verschiedenen politischen Parteien anhand der Gemeinderatsmandate verteilt wurden. Im letzten Jahr gab es eine Änderung. Die Zuger Bevölkerung hat das neue Wahlgesetz angenommen, wo die Exekutive neu im Majorz-Verfahren und nicht mehr im Proporz-Verfahren gewählt wird. Das heisst, dass wir im Oktober nicht mehr die proportionale Verteilung von Parteien im Gemeinderat haben, sondern es werden reine Personenwahlen durchgeführt. Wenn wir weiterhin unsere Kommissionsmitglieder anhand der Gemeinderatssitze besetzten, kann es plötzlich sein, dass eine Fraktion, also eine Partei, überproportional in den Kommissionen vertreten ist. Der Wähleranteil wird nicht mehr unbedingt im Gemeinderat wiederspiegelt. Neu kann es durchaus sein, dass eine Partei viel mehr Sitze im Gemeinderat hat oder eine andere ganz aus dem Gemeinderat verschwindet, theoretisch aber einen hohen Wähleranteil bei den Wahlen hätte.

Wir wollen, dass die Kommissionssitze, da sich diese Änderung beim Gemeinderat ergeben hat, anhand des Wähleranteils des Kantons besetzt werden. Schlussendlich ändert sich mit unseren Anträgen nichts. Doch lassen wir es so wie es jetzt ist, könnten sich Änderungen ergeben. Es könnte Verschiebungen geben. Wir möchten es jedoch

so lassen, wie es jetzt ist, und die Sitze deshalb anhand des Wähleranteils im Kantonsrat verteilen.

Ich bitte Sie, den beiden Anträgen der SVP zu folgen und die Motion als erheblich zu erklären.

Alois Gössi

In der politischen Kommission der Gemeinde erhalten die Parteien Sitze aufgrund der Anzahl politischer Mandate im Gemeinderat. Diese Regelung scheint problematisch zu sein. Innerhalb von zwei Jahren gab es zwei Motionen zu diesem Thema. Vor zwei Jahren wurde eine Motion der Alternative - die Grünen an der Gemeindeversammlung abgelehnt. Jetzt haben wir eine ähnliche Motion der SVP. Die Stossrichtung ist bei beiden Motionen die gleiche.

Die Grundlage für die Verteilung der Kommissionssitze soll die Anzahl der Kantonsratsmandate sein. Die SVP möchte jedoch, dass die drei grössten politischen Parteien je zwei Kommissionssitze erhalten und die viertgrösste den letzten und siebten Sitz erhält. Baar hat im Moment 15 Kantonsräte. Diese kommen von 6 verschiedenen Parteien. Mit der von der SVP vorgeschlagenen Regelung werden mindestens zwei Parteien nicht in den Kommissionen vertreten sein. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort zur Motion, dass er die Verteilung der gemeindlichen Kommissionssitze weiterhin nach dem Wähleranteil der Parteien der Gemeinderatswahlen vornehmen möchte. Das ist jedoch absolut unmöglich, da der Wähleranteil der Parteien bei den kommenden Gemeinderatswahlen nicht mehr eruiert werden kann. Wir wählen am 5. Oktober 2014 das erste Mal nach dem Majorz-System. So bleibt dem Gemeinderat als Konsequenz, wenn er Kommissionssitze auf Basis der Parteistärke zuteilen möchte, nichts anderes übrig, als die Kantonsratswahlen als Basis dazu zu nehmen. Dort lässt sich die Parteistärke im Proporzwahlsystem klar ausrechnen.

Die SP Baar sowie die Alternativen - die Grünen empfehlen, sich bei der Abstimmung um den 2. Antrag zu enthalten. Beide Regelungen, sowohl die aktuell gültige wie auch der Vorschlag der SVP, befriedigen aus unserer Sicht nicht. Es wäre aus unserer Sicht eine Regelung wünschenswert, dass alle relevanten Parteien, damit meine ich diejenigen, die mindestens einen Vertreter im Kantonsrat haben, in politischen Kommissionen vertreten sind. Ich würde es begrüssen, wenn der Baarer Gemeinderat nochmals über die Bücher geht.

Andreas Hotz

Beni Riedi hat eine Frage gestellt. Ich kann festhalten, dass das revidierte Zuger Wahlgesetz in dem Sinn nichts damit zu tun, dass die Gemeindeautonomie nach wie vor gewahrt ist. Wir sind im Gemeinderat klar der Auffassung, dass das bewährte Baarer Modell auch unter der neuen Gesetzgebung seine Berechtigung hat und keine Probleme darstellt. Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Antrag

1. Die Motion der SVP Baar betreffend Antrag 1 sei nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.
2. Die Motion der SVP Baar betreffend Antrag 2 sei nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Beschluss

1. Die Motion der SVP Baar betreffend Antrag 1 wird grossmehrheitlich nicht erheblich erklärt und abgeschrieben.
2. Die Motion der SVP Baar betreffend Antrag 2 wird klar nicht erheblich erklärt und abgeschrieben.

Traktandum 9

Motion der Alternative – die Grünen Baar betreffend «Ergänzung der Gemeindeordnung bei Urnenabstimmungen» – Entscheid über Erheblicherklärung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Anna Lustenberger

Ich bedanke mich selbstverständlich zuerst für die Beantwortung unserer Motion. Die Antwort befriedigt uns nicht, sie enttäuscht. Ich stelle daher den Antrag im Namen unserer Partei, der Alternativen - die Grünen, die Motion erheblich zu erklären.

Die Geschichte Golfplatz Zugersee mit all den Beschwerden betreffend Abstimmungsbüchlein muss sicher nicht nochmal aufgezeigt werden. Die Abstimmung in Baar hat nicht stattgefunden. Unser Ziel, dass kein Golfplatz gebaut wird, haben wir zusammen mit Personen aus dem Gebiet Ebertswil und Knonaueramt erreicht. Es stimmt, lieber Baarer Gemeinderat, wir sind spät mit unserem Anliegen gekommen. Ich habe keine Mühe zu sagen, sehr spät, dass es einen solchen Wirbel ausgelöst hat. Genau darum haben wir diese Motion eingereicht. Es geht um Rechtssicherheit. Der Gemeinderat soll wissen, wann er die Bekanntgabe einer Urnenabstimmung zu machen hat, und auch Gegenparteien oder Gegnergruppierungen sollen klar wissen, wann sie Gegenargumente bekannt geben sollen. Es geht nicht darum, dass die Gemeinde auf irgendwelche Gruppen zugehen muss, wie er beanstandet. Es geht darum, dass bei allen Klarheit herrscht, wann sie sich beim Gemeinderat melden müssen. Dass die Gemeinde dazu informieren soll, liegt auf der Hand, und zwar in neutraler Art. Das ist der zweite Punkt, den wir verlangen. Die Information zum Golfplatz-Projekt wurde von den Initianten dieses Projektes organisiert, also von Herrn Risi persönlich, und nicht von der Gemeinde. Nach unserer Meinung ist dies aber die Aufgabe der Gemeinde, gerade wenn es eine Urnenabstimmung gibt.

Finden Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte eine Ankündigung 6 Monate vorher - es geht nicht um die offizielle Ausschreibung im Amtsblatt - wirklich zu früh? Beim Projekt Bahnmatt sind jetzt schon die beiden Urnenabstimmungen bekannt. Eine im Jahr 2015 und eine sogar im Jahr 2016. Und zum Thema Betreuungsgutscheine gelangt der Gemeinderat jetzt schon an die Parteien, um allfällige Gedanken zu diesem Thema aufzunehmen. Ob es dann mal eine Urnenabstimmung gibt oder nicht. Das ist in meinen Augen der richtige Weg, um Transparenz zu zeigen und um darüber zu diskutieren. Und das auf einer neutralen Ebene.

Warum soll das nicht klar geregelt sein? Wenn wir dies nicht machen, kann es passieren, dass wir oder eine andere Gruppierung und der Gemeinderat wieder genau in die gleiche Geschichte rasseln, mit Beschwerden, Stellungnahmen zu den Beschwerden usw. Alles mit viel Arbeit verbunden.

Ich möchte Sie nochmals ermuntern, dieser Regelung und unserem Antrag zuzustimmen. Dann ist es klar für allemal. Urnenabstimmungen sind 6 Monate vor dem Abstimmungstermin anzukünden und zwei Wochen nach der Ankündigung ist eine Orientierungsversammlung durch die Gemeinde durchzuführen.

Es sind zwei einfache Regelungen in unserer Gemeindeordnung mit grosser Wirkung und wichtiger Rechtssicherheit für den Gemeinderat und für allfällige Gegnerschaften.

Ich möchte das Wort Kostenoptimierung in diesem Zusammenhang aufnehmen. Es wurde zu einem Modewort, was das auch immer heissen soll. Gerade die Gruppierungen, die Kostenoptimierungen so wichtig finden, müssen hier zustimmen. Denn sonst fällt viel Arbeit für die Gemeinde an. Unnötige Arbeit, die viele Kosten verursacht. Wenn Sie also auch für Kostenoptimierungen sind, müssten Sie dem Antrag zustimmen.

Antrag

1. Die Motion der Alternativen – die Grünen betreffend Antrag 1 (Änderung Art. 14 GO) sei nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.
2. Die Motion der Alternativen – die Grünen betreffend Antrag 2 (Änderung Art. 16 GO) sei nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Beschluss

1. Die Motion der Alternativen – die Grünen betreffend Antrag 1 (Änderung Art. 14 GO) wird mit wenigen Gegenstimmen nicht erheblich erklärt und abgeschrieben.
2. Die Motion der Alternativen – die Grünen betreffend Antrag 2 (Änderung Art. 16 GO) wird mit grosser Mehrheit nicht erheblich erklärt und abgeschrieben.

Traktandum 10

Beantwortung der Interpellation der SP Baar betreffend «Situation im Pflegezentrum Baar»

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Die Interpellation, die offensichtlich auch im Pflegezentrum grosse Emotionen ausgelöst hat, inklusive der beigefügten Fragen sind in der Vorlage abgedruckt. Die Beantwortung wurde der Interpellantin sowie den Baarer Ortsparteien vorab zugestellt. Der Gemeindeschreiber wiederholt jeweils die Fragen, ich selber vermittle Ihnen die entsprechenden Antworten des Gemeinderates.

Antwort des Gemeinderates

Das Pflegezentrum Baar ist eine Institution der "Stiftung Pflegezentrum Baar", in welcher die Bürgergemeinde Baar, die Einwohnergemeinde Baar und die Stadt Zug als Gründungsmitglieder vertreten sind. Die Stiftung Pflegezentrum Baar besteht seit 1965. Die Stiftung führt das Pflegezentrum strategisch. Für die Einwohnergemeinde Baar haben Gemeindepräsident Andreas Hotz, Bauvorstand Paul Langenegger (Präsident der Stiftung) sowie Sozialvorsteherin Berty Zeiter Einsitz im Stiftungsrat. Frau Stephanie Schär ist seit dem 13. Dezember 2010 Geschäftsführerin des Pflegezentrums Baar und Vorsitzende einer siebenköpfigen Geschäftsleitung. Diese führt das Pflegezentrum in operativer Hinsicht. Im Pflegezentrum werden zurzeit rund 160 Personen beschäftigt.

Betreffend die Zitate eines Herrn Fritz Krähenbühl hält der Gemeinderat fest, dass diese erwiesenermassen falsch sind. Im Nachgang zu seinen Äusserungen wurde Herr Fritz Krähenbühl mit Strafbefehl vom 10. Februar 2014 aufgrund übler Nachrede von der Staatsanwaltschaft Baden zu einer Geldstrafe von 10 Tagessätzen zu je CHF 210.--, bedingt aufgeschoben bei einer Probezeit von 2 Jahren, rechtskräftig verurteilt. Weiter hält der Vorstand im Regionalen Alterszentrum Rohrdorferberg-Reusstal, Fislisbach, betreffend des zitierten Zeitungsberichtes von Herrn Fritz Krähenbühl in seinem Protokoll vom 28. August 2013 explizit fest, dass der Vorstand vom geschilderten Sachverhalt sehr überrascht ist. Er hatte vom Interview keinerlei Kenntnis und distanziert sich entschieden und mit Nachdruck vom Inhalt des Zeitungsartikels.

Zu den gestellten Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Frage 1: Hält es der Gemeinderat bzw. halten es die Vertreter des GR im Stiftungsrat für möglich, dass Frau Schär sich einen für das Personal zuträglicheren und praxisnäheren Führungsstil aneignet? Würden sie Frau Schär allenfalls mit einem externen Coaching dabei unterstützen?

Im Grundsatz hält der Gemeinderat fest, dass die Stiftung Pflegezentrum Baar für die Organisation und den Betrieb des Pflegezentrums verantwortlich ist. Die Stiftung steht

in der Verantwortung, dass das Pflegezentrum erfolgreich und nach modernen Führungsgrundsätzen geführt wird. Der Betrieb befindet sich in einem Umbruch der mit Veränderungsprozessen verbunden ist. Die Gesundheitsbranche und das Heimwesen im Besonderen sind von ständigen Veränderungen betroffen. Gründe dafür sind vorallem fortlaufende Erneuerungen in der Gesetzgebung. Die Stiftung hat keinen Einfluss auf die vom Gesetzgeber erlassenen neuen Regulatorien. Heute wird im Pflegezentrum Baar ein kooperativer Führungsstil über sämtliche Leitungsebenen praktiziert. Dieser zeichnet sich im Wesentlichen dadurch aus, dass Führungskraft und Mitarbeitende sowohl in der Entwicklung von Ideen, als auch in der Umsetzung von Projekten eng zusammenarbeiten und sich in ihren Kompetenzen ergänzen. Das Pflegezentrum verfügt über ein prozessorientiertes Qualitätsmanagement. Frau Stephanie Schär verfügt über langjährige Führungserfahrung auf verschiedenen Stufen im Nonprofit-Bereich.

Jährliche Weiterbildungen finden einzeln und zusammen mit dem Leitungsteam des Pflegezentrums statt. Zudem ist eine Weiterbildung „Coaching von Teams" geplant.

Der Gemeinderat bzw. die Vertreter des Gemeinderates im Stiftungsrat sind überzeugt, dass der praktizierte Führungsstil die Betriebskultur und Struktur im Pflegezentrum verbessert hat. Eine erhebliche Reduktion bei der Fluktuation der Mitarbeitenden wurde erreicht.

Frage 2: Ist der Gemeinderat bzw. sind die Vertreter des GR im Stiftungsrat bereit, sich zur Förderung einer wertschätzenden und offenen Betriebskultur dafür einzusetzen, dass im Pflegezentrum Baar eine paritätische Betriebskommission eingeführt wird?

Der gesamte Gemeinderat unterstützt das Anliegen, dass im Pflegezentrum Baar eine offene und wertschätzende Betriebskultur gelebt und gepflegt wird. Durch die verschiedenen Führungsinstrumente und eine offene Kommunikationskultur ist dies der Fall. Als Beispiel kann das Vorschlags- und Verbesserungswesen erwähnt werden, welches einen hohen partizipativen Einbezug der Mitarbeitenden sicherstellt. Der Stiftungsrat steht mit der erweiterten Geschäftsleitung im regelmässigen Dialog und berät, wie die Qualität im Pflegezentrum, dazu gehört auch das Personalwesen, sichergestellt und an Neuerungen angepasst werden kann. Ob eine paritätische Betriebskommission das richtige Instrument ist und eingeführt werden soll, hat der Stiftungsrat zu entscheiden. Der Gemeinderat kann sich im weiteren Umfeld für gute Rahmenbedingungen einsetzen.

Frage 3: Die pflegebedürftigen Menschen im PZB können nur so gut betreut und gepflegt werden wie es die finanzielle Situation erlaubt. Welche Leistungen mussten in den letzten drei Jahren abgebaut oder abgeschafft werden, um „im enormen Preiskampf" zu bestehen? Welche sollen in der nächsten Zeit abgebaut werden?

Das Pflegezentrum Baar hat im Vergleich mit den 16 Alters- und Pflegeheimen im Kanton Zug die höchsten Tarife. Dies vor allem aufgrund des hohen Qualitätsstandards, der grosszügigen Infrastruktur, eines eigenen Geriaters sowie der im Vergleich sehr guten Lohnleistungen. Bei den Anzahl Personalstellen liegt das Pflegeheim Baar sogar leicht über den Vorgaben der Gesundheitsdirektion. Es ist verständlich, dass die Tarifgruppe Langzeitpflege der Zuger Gemeinden in den letzten Jahren im Rahmen der

Tarifverhandlungen auf diese Situation aufmerksam gemacht und entsprechend Massnahmen gefordert hat. Diese liegen jedoch im Rahmen dessen, was verantwortbar ist und haben den Betrieb nicht aus dem Gleichgewicht gebracht. Es kann in diesem Zusammenhang nicht von Leistungsabbau gesprochen werden. Es ist zurzeit nicht vorgesehen, Leistungen abzubauen, sondern die Tarife müssen gemäss Vorgaben aus dem Spitalgesetz sozialverträglich ausgestaltet sein. Das heisst, Menschen sollen aufgrund eines Pflegeheimplatzes nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein.

Frage 4: Steht der Gemeinderat hinter der vom Stiftungspräsidenten und Gemeinderat Paul Langenegger gemachten Aussage? Gibt es diesbezüglich eine Strategie?

Die Aussage von Gemeinderat Paul Langenegger betreffend die Behauptung auf dem freien Markt ist korrekt. Dass damit auch ein Preiskampf verbunden ist, kann ebenfalls nicht negiert werden. Die Aussage, „dass darunter gewisse Dinge leiden, ist nicht zu vermeiden" ist eine mögliche Schlussfolgerung aus den vorgenannten Sätzen. Dem Gemeinderat und dem Stiftungsrat wie auch den Mitarbeitenden des Pflegezentrums ist sehr daran gelegen, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner wohl fühlen. So gilt es, dem Leitsatz auf der Homepage des Pflegezentrums Baar weiterhin Rechnung zu tragen. Dieser lautet: „Das Pflegezentrum Baar ist ein freundliches und begegnungsreiches Haus, in dem besondere Menschen für andere besondere Menschen eine der wertvollsten Dienstleistungen erbringen – auch im Alter medizinisch und pflegerisch bestens betreut zu sein". Die Pflege im Alter sowie das Altern befinden sich generell im Wandel. Stiftungsrat und Geschäftsleitung versuchen ständig, sich diesen neuen Herausforderungen – unter Berücksichtigung auch von wirtschaftlichen Kriterien – zu stellen und anzupassen.

Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass der Betrieb des Pflegezentrums konstant geführt wird und dass sich Mitarbeitende, Geschäftsleitung und Stiftungsrat ihren Aufgaben widmen können.

Abschliessend hält der Gemeinderat nochmals fest, dass der Interpellationstext der SP Baar weitgehend auf Medienberichten basiert, welche in wesentlichen Teilen und wie vorstehend aufgezeigt unwahr sind.

Malaika Hug

Pirmin Frei hat den Gemeinderat wegen der Motion Schuldenbremse gerügt. Ich sehe mich ebenfalls gezwungen, den Gemeinderat wegen der Beantwortung dieser Interpellation zu rügen. Zuerst aber Danke für die Beantwortung der Interpellation.

Da mir von einer massgebenden Person nahegelegt wurde, ich soll bezüglich Pflegezentrum nicht noch mehr Staub aufwirbeln, damit das Image des Pflegezentrums nicht noch mehr Schaden nimmt, habe ich keine andere Antwort erwartet. Zusammenfassend ist der Gemeinderat also der Meinung, dass aufgrund von Falschaussagen mehrheitlich alle anderen Presseberichte ebenfalls unwahr sind und somit auch diese in den Zuger Medien. Aus diesem Grund bestehe kein Handlungsbedarf. Ich glaube, ich höre nicht richtig. Sind denn alles Lügner? Auch die, die uns persönlich angesprochen und uns ihre Erlebnisse mitgeteilt haben?

Über die Art und Weise, wie die Interpellation gestaltet wurde, lässt sich sicherlich streiten. Fakt ist jedoch, dass im Pflegezentrum Baar der Fisch vom Kopf her stinkt.

Fakt ist auch, dass wenn alles so Friede-Freude-Eierkuchen-mässig wäre, wie uns das der Gemeinderat weiss machen möchte, hätte die Presse überhaupt nicht erst Bericht erstattet. Es ist eine Aufgabe der Medien, auf allfällige Missstände aufmerksam zu machen. Dass im Pflegezentrum Baar nicht alles so rund läuft, liegt somit auf der Hand. Presseberichte über die Situation im Pflegezentrum sind nur die Spitze des Eisbergs. Gemäss Aussagen von Pflegeangestellten im Pflegezentrum musste schon der Vorgänger von Frau Schär, Herr Müller, Sparmassnahmen umsetzen. Die von ihm ergriffenen Massnahmen seien aber immer im Einklang mit der Pflege gewesen. Soll heissen, dass sie die Qualität nicht tangiert haben. Im Zusammenhang mit den Zweifeln am Führungsstil von Frau Schär, tauchen auch berechtigte Fragen von Angestellten auf. Beispielsweise, warum es trotz dem enormen Spardruck möglich ist, dass im administrativen Bereich überdurchschnittlich viele Stellen geschaffen wurden, während in der Pflege reduziert wurde, in dem der Bettenbestand erhöht, aber der Pflegepersonalbestand gleich geblieben ist. Für die Betroffenen im Pflegezentrum sind die Sparwut auf der einen Seite und die grandiose Finanzsituation auf der anderen Seite wie eine Faust aufs Auge.

Während Herr Müller Geschäftsleiter, Personalchef und Buchhalter in einer Person war, beschäftigt Frau Schär dafür zwei Teilzeitbuchhalterinnen, einen Projektleiter und einen Personalverantwortlichen, der zusätzlich noch eine Sekretärin braucht. Massnahmen, die Frau Schär die Arbeit erleichtern, jedoch zu Lasten der Pflegemitarbeiter gehen.

Der Gemeinderat unterstreicht, dass ein Vorschlags- und Verbesserungswesen einen hohen partizipativen Einbezug der Mitarbeitenden sicherstellt. Demgegenüber stehen Aussagen von Mitarbeitenden, dass ihre Meinung zwar offiziell eingeholt wurde, doch umgesetzt werde der Wille der Heimleitung. Ich weiss auch, dass der Gemeinderat nicht von sich aus eine paritätische Betriebskommission einsetzen kann. Doch warum wollen sich unsere drei Mitglieder im Stiftungsrat nicht dafür stark machen? Eine solche Betriebskommission würde sehr viel zu einer wertschätzenden und offenen Betriebskultur beitragen.

Wie erklärt der Gemeinderat, dass es vermehrt Stimmen aus der Bevölkerung gibt, die sich unzufrieden im Zusammenhang mit dem Pflegezentrum Baar äussern? Dass wir von Personen angesprochen werden, die ihre pflegebedürftigen Mitmenschen unter keinen Umständen im besagten Pflegezentrum unterbringen möchten? Dass sich die Pflegemitarbeitenden mit der aktuellen Situation nicht zufrieden erklären? Dass das Pflegzentrum zwar auf dem höchsten technischen Niveau, das Personal jedoch am Rotieren ist? Dass es Personen gibt, die froh sind, dass dieses Thema endlich angesprochen wurde, statt weiterhin totzuschweigen, damit das Image ja nicht leidet?

Es ist mir durchaus bewusst, dass der Gemeinderat allein nichts bewirken kann. Er ist jedoch mit drei Personen im Stiftungsrat vertreten und hat somit sehr wohl Mitspracherecht. Meine lieben Damen und Herren, eine Vogel-Strauss-Politik ist hier falsch am Platz. Es besteht Handlungsbedarf. Wenn das Image des Pflegezentrums Baar unter Umständen Schaden davon trägt, ist es nicht, weil die Problematik angesprochen wurde, sondern dass die ganze Situation schön geredet und dem Problem nicht auf den Grund gegangen wird.

Der Gemeinderat betont immer, wenn es um die Sparpolitik geht, dass das Wünschbare vom Notwendigen unterschieden werden muss. Aber er ist doch hoffentlich nicht der Meinung, dass eine markante Verbesserung der Situation im Pflegezentrum nur wünschbar ist. Deshalb bitte ich den Gemeinderat eindringlich, via Stiftungsrat

diesbezüglich etwas zu unternehmen, damit sich das Pflegepersonal und demzufolge auch die Bewohner wohl fühlen. Denn wer weiss, vielleicht ist man morgen schon selber auf das Pflegezentrum angewiesen.

Ich erlaube mir zum Schluss einige Worte an Andreas Hotz. Wir kennen und schätzen dich als jemand, der in der Lage und auch Willens ist, Verantwortung zu übernehmen. Ich kann deshalb überhaupt nicht verstehen, dass du das in diesem Fall ganz offensichtlich nicht machst. Ich appelliere an dich, lass das Personal und die Bewohner des Pflegeheims jetzt nicht im Stich. Wenn es dem Personal gut geht und es motiviert ist, geht es auch den Bewohnern gut. Und das wollen wir doch alle.

Andreas Hostettler

Es ehrt die Interpellanten, dass sie sich Sorgen um die Bewohner im Pflegezentrum, um das Wohl der Mitarbeitenden und des Kaders machen. Es ehrt sie, dass sie ein Problem lösen möchten.

Dazu zwei Fragen. Kann man mit einer Interpellation Spannungen zwischen Menschen lösen? Ist der Gemeinderat dafür die richtige Adresse? Ich sage zwei Mal klar Nein. Denn wie löst man Spannungen zwischen Menschen? Es geht nur im direkten Gespräch mit den Betroffenen. Ich weiss, es ist schwierig, manches wird blockiert. Doch es funktioniert ganz sicher nicht über die Medien, weniger über den Gemeinderat und ganz sicher nicht über die Gemeindeversammlung.

Die FDP unterstützt klar den Antrag, die Interpellation zur Kenntnis zu nehmen.

Damian Hotz

Ich bin im Bürgerrat und darf als Vertreter dieser Institution seit kurzer Zeit im Stiftungsrat des Pflegezentrums Einsitz nehmen. Gestatten Sie mir deshalb zuerst eine kurze Vorbemerkung. Was ich jetzt sage, steht nicht in Absprache oder gar im Auftrag des Stiftungsrats, es ist meine eigene und ganz persönliche Meinung. Sollte sich jemand an diesen Äusserungen stossen, werden Sie bitte wütend auf mich und nicht auf die Stiftung.

Ich habe alle Berichte der letzten Zeit über das Pflegezentrum in den Medien natürlich gelesen. Sie machten mich betroffen, teilweise haben sie mich sehr erschüttert und teilweise auch geärgert. Lassen Sie mich mit dem unangenehmeren, mit dem Ärger, anfangen. Damit bin ich bereits bei dieser Interpellation. Frau Hug, ich bin ehrlich, diese Interpellation hat mich aufgeregt. Wohlverstanden nicht die Interpellation an sich, was nichts anderes als ein demokratisches Recht ist, sondern die Art und Weise dieser Interpellation. Auf mehr als 2 von diesen 3 Seiten listen Sie Zitate aus Berichten und Leserberichten auf. Der Wahrheitsgehalt dieser Behauptungen wird in keiner Art und Weise hinterfragt und man geht mit einer absoluten Selbstverständlichkeit davon aus, dass sie wahr sind. Ich finde das verantwortungslos. Denn all diese Zitate werden ohne weitere Wertung quasi in dieser Vorlage offizialisiert, sie werden an sämtliche Stimmberechtigte verschickt. Ich frage mich, warum Sie das nötig haben, eine derart dramatisierende Form zu wählen. Ist es tatsächlich noch problem- und lösungsorientiert? Ein guter Teil dieser Zitate ist irreführend und falsch. Der Gemeinderat hat es bereits erwähnt, ich möchte es aber nochmals bewusst betonen. Diese Person in Fislisbach, wo auch immer das ist, wurde rechtskräftig verurteilt wegen Verleumdung. Das sollte zeigen, wie diese Zitate zu werten sind. Trotzdem kommen die alten Geschich-

ten von Fislisbach immer wieder hoch. An Frau Hug und alle anderen diesbezüglichen Leserbrief-Schreiber: Alter Kaffee wird durch wiederholtes Aufwärmen nicht besser, er bekommt mit der Zeit einen fahlen Beigeschmack. Das gilt erst recht, wenn es am Anfang alles andere als guter Kaffee war. Weiter entsteht bei dem Zitat der Eindruck, wir hätten eine Kündigungswelle im Pflegezentrum. Die Fluktuationsrate der Mitarbeiter im Pflegezentrum hat vor vier Jahren, vor Amtsantritt unserer neuen Geschäftsführerin, etwas mehr als 24 % betragen. Diese Rate ist seither kontinuierlich gesunken auf momentan etwas mehr als 9 %. Wenn man in diesem Zusammenhang von einer Kündigungswelle spricht, entspricht das einer sehr argen Verzerrung der Wahrheit.

Allgemein habe ich persönlich den Eindruck, dass die verschiedenen Personen, angefangen von anonymen Informanten, über Reporter der Zuger Zeitung, bis hin zu Leserbrief-Schreiber, in einem Teil auch bis zu dieser Interpellation, nicht oder nicht in erster Linie Probleme aufzeigen und Lösungen suchen wollen, es geht teilweise und einigen sogar vorallem um andere Gründe wie persönliche Ressentiments, Dramatisierung und Polemik, Skandalsuche. Diesen Eindruck werde ich persönlich einfach nicht los. Diese Thematik ist mir zu wichtig, als dass sie für solche Dinge missbraucht werden dürfte.

Ich komme vom Ärger zur Betroffenheit. Zum Interview von Ihnen, Herr Hug, in der Zuger Zeitung. Ich gehe davon aus, dass Sie hier sind. Auch dieser Bericht hat mich schwer getroffen. Wir alle mussten spüren, dass Sie in Ihrer ganz persönlichen Wahrnehmung enormes Leid und tiefen Schmerz erfahren mussten. Es tut mir Leid, Herr Hug. Wir könnten jetzt verschiedene Argumente ins Feld führen. Ich verzichte bewusst darauf, weil ich weiss, dass diese Argumente Ihren persönlichen erlittenen Schmerz zur zum Teil oder gar nicht tilgen. Damit wir bei der Qualität der Leistungen besser werden können, sind wir auf Feedback angewiesen. Herr Hug, Sie haben dieses Feedback auf eine unkonventionelle Art gegeben. Das ist für mich der Wermutstropfen und ich bedaure, dass Sie in dieser langen Zeit nie die Kraft gefunden haben, Ihren Ärger und Ihren Schmerz direkt bei den zuständigen Stellen vorzubringen. Ich habe mir sagen lassen, dass dadurch einige entstandene Missverständnisse hätten aus dem Weg geräumt werden können. Aber Ihr Feedback ist angekommen und ich kann Ihnen versichern, es wurde auch sehr ernst genommen. Leider, Herr Hug, haben Sie neben diesem Feedback auch etwas anderes bewirkt, ob absichtlich und wissentlich oder unwissentlich, sei dahingestellt. Sie haben, wie viele andere, die ich erwähnt habe, bewirkt, dass unser Pflegezentrum in einer Art und Weise diskreditiert wurde, wie es dies nicht verdient und was nicht der ganzen Wahrheit entspricht. Wir sind heute soweit, dass Mitarbeitende, erkennbar an ihrer Arbeitskleidung, im Spital während dem Essen von fremden Personen aufs Gröbste angepöbelt und beschimpft werden, sie seien unmenschlich und in einer Institution tätig, die schlimmer nicht mehr sein könne. Soweit sind wir heute. Ich hoffe, dass dieses Beispiel, all diesen Personen, die diese Stimmung herbeigeführt haben, langsam aber sicher zu denken gibt.

Ich möchte mit all diesen Worten nicht behaupten, dass wir keine Probleme im Pflegezentrum haben. Dem ist sicher nicht so. Es wäre verwunderlich bei dieser Grösse. Ich glaube aber, dass der Gemeinderat mit seiner ausführlichen und kompetenten Antwort - dafür ein herzliches Dankeschön - aufzeigen konnte, dass die Thematik Führung, Betreuung, Zufriedenheit der Kunden und Mitarbeitenden ein äusserst wichtiges Thema ist und daran permanent gearbeitet wird. Es liegt auch auf der Hand, dass all die Partikularinteressen wie Kundenwünsche, Mitarbeiterbedürfnisse, ökonomische

Zwänge von Aussen an die Geschäftsleitung, nie zu 100 % Zufriedenheit von allen Beteiligten gebracht werden können.

Zum Schluss mein persönlicher Wunsch. Lassen wir unsere Geschäftsleitung ihre Aufgaben wahrnehmen. Ich persönlich bin überzeugt, dass sie das macht. Und lassen wir unsere Mitarbeitenden im Pflegezentrum endlich wieder in Ruhe ihrer Arbeit nachkommen. Und eine persönliche Quintessenz für mich aus dieser leidigen Geschichte, die ich Ihnen allen als Appell weitergeben möchte: Haben wir alle einmal Ärger, sei es zukünftig im Pflegezentrum oder in einer anderen politischen Institution oder im Privaten, haben wir den Mut und das Rückgrat, das möglichst schnell, aufrichtig und direkt bei den zuständigen Stellen vorzubringen. Hinter dem Rücken ausrufen oder gar in die Anonymität abtauchen ist jedenfalls der schlechteste Weg und unter Umständen sogar entlarvend. Vielen Dank für Ihre Geduld.

Ruedi Hug

Geschätzter Damian, du hast mich angesprochen. Ich hätte den direkten Weg zu Frau Schär suchen müssen. Ich kann dir sagen, wie es gegangen ist. Nach diesem Erlebnis, das wir mit meiner Frau und dem Mami meiner Kinder gehabt haben, habe ich eine E-Mail geschrieben. Ich habe alles aufgeschrieben, was vorgefallen ist und wie ich das empfunden habe. Diese E-Mail habe ich aus zwei Gründen nicht abgeschickt. Ich habe schlicht und ergreifend die Kraft nicht gehabt, mich mit Frau Schär oder mit der Pflegeleiterin im Tagesheim herumzuschlagen. Die Pflegeleiterin im Tagesheim hat mich im Austrittsgespräch derart wie einen Schulbuben hingestellt und mir gesagt, was ich zu Hause alles falsch mache. Zu Hause ging es meiner Frau den Umständen entsprechend gut. Im Pflegeheim ging es ihr miserabel. Als der Bericht in der neuen Zuger Zeitung am Sonntag gekommen ist, schrieb Malaika einen Leserbrief und spätestens dann hätte Frau Schär, wenn es sie wirklich interessiert hätte, mit uns Kontakt aufnehmen können. Sie hat es nicht gemacht, es hat sie schlicht und ergreifend nicht interessiert.

Damian, ich lasse im Raum, wie du uns nun hinstellst. Unser Erlebnis mit dem Pflegeheim war ein Antrieb aber die Interpellation hat überhaupt nichts mit unserem Fall zu tun. Alle diese Zeitungsberichte, die persönlichen Meldungen. Ich konnte kaum auf die Strasse gehen, haben mich ebenfalls betroffene Personen angesprochen und gesagt, wie gut, dass wir das alles endlich aufs Tapet bringen. Es ist nicht so gut, wie es sein müsste.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der SP Baar sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation wird Kenntnis genommen.

Traktandum 11

Interpellation der FDP.Die Liberalen Baar betreffend «Mehr Transparenz an den Zuger Schulen»

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. Mai 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Nach dem Verlesen der Interpellation durch den Gemeindeschreiber verliest er die Fragen und ich werde Ihnen die entsprechenden Antworten liefern. Es geht vor Allem um Zahlenmaterial, das Sie entsprechend vom Projektor ablesen können.

Beantwortung der Interpellation der FDP.Die Liberalen Baar betreffend «Mehr Transparenz an den Zuger Schulen»

Am 2. Juni 2014 reichte die FDP.Die Liberalen folgende Interpellation ein:

"Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates

Die FDP.Die Liberalen des Kantons Zug hat Mitte letzten Jahres eine Bildungsoffensive gestartet mit dem Ziel, den administrativen Aufwand der Lehrpersonen zu reduzieren, Deutsch und Mathematik in Primar- und Oberstufe zu stärken und den dualen Bildungsweg zu fördern.

Um eine Grundlage und erste konkrete Anhaltspunkte für erste Massnahmen zu dieser Zielerreichung zu schaffen, hat die FDP-Fraktion bereits im Juli des letzten Jahres im Kantonsrat eine Motion zu mehr Transparenz an der Volksschule eingereicht. Mit der vor kurzem erfolgten Antwort des Regierungsrates ist die FDP nicht einverstanden.

Es ist der FDP bewusst, dass die Ausgangslage jeder Gemeinde unterschiedlich sein kann (Infrastruktur, Gemeindeausdehnung, Alter des Lehrkörpers, Zusammensetzung Schüler, usw.). Dies schliesst ein Vergleich auf Kostenseite keineswegs aus und ist auch kein Argument für die oberflächliche Beantwortung unserer Fragen durch den Regierungsrat.

Aus diesen Gründen hat die FDP entschieden, in allen Gemeinden eine Interpellation einzureichen. Mit diesen Interpellationen wollen wir nicht eine parlamentarische Kontrolle erreichen, sondern Transparenz über die Verhältnisse im Lehrkörper bei den Schulgemeinden (Benchmarking). Erklärungen für **zu erwartende Abweichungen zu anderen Gemeinden aufgrund unterschiedlicher Ausgangslagen** bleiben den einzelnen Gemeinden vorbehalten. Nicht erklärbare, negative Abweichungen ergeben Möglichkeiten zur Verbesserung.

Deshalb haben wir nach Zahlen gesucht, die miteinander verglichen werden können und eine Aussage über die Verhältnisse machen, ohne damit unnötige Bürokratie auszulösen. Ziel ist eine Optimierung des Verhältnisses zwischen effektiver Lehrtätigkeit und administrativen Arbeiten im Lehrkörper für ein möglichst effizientes Bildungssystem. Dabei richten wir unseren Fokus in einem ersten Schritt auf die Volksschulen in

den Gemeinden (ohne Musikschule), werden aber auch die kantonalen Schulen mit einbeziehen."

Antwort des Gemeinderates

Die FDP.Die Liberalen teilen mit, dass sie nicht eine parlamentarische Kontrolle, sondern eine Optimierung zwischen effektiver Lehrtätigkeit und administrativen Arbeiten im Lehrkörper und damit ein effizientes Bildungssystem anstreben.

Der Gemeinderat weist darauf hin, dass mit der Etablierung des NFA/ZFA im Jahr 2008 die Vereinfachung der Schulsubventionierung durch den Kanton mittels Normpauschale pro Schülerin/Schüler eingeführt wurde. Dadurch subventioniert der Kanton rund 50% der Kosten des Lehrerpersonals und stärkt damit die Autonomie der Gemeinden im Bereich ihrer Bildungsausgaben. Kanton und Gemeinden wissen, dass es von Gemeinde zu Gemeinde grosse strukturelle Unterschiede gibt, wie zum Beispiel zentrale oder dezentrale Schulen, Anzahl Schüler/innen mit Migrationshintergrund, Anzahl Sonderschüler/innen, spezifische gemeindliche Angebote wie Schwimmunterricht, etc.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die jährliche Berichterstattung im Rahmen der Budget- und Rechnungsgemeinde die Bildungskosten transparent machen. Kommt hinzu, dass der Kanton Zug alle Schulen regelmässig evaluiert und diese Ergebnisse gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Verlässliche Kostenvergleiche im Sinne von Benchmarks wären, dies ist die Auffassung des Gemeinderats, nur mit einer strukturellen Vereinheitlichung der gemeindlichen Rechnungslegung möglich.

Der Gemeinderat hält fest, dass er sich in der Beantwortung präzis an die Fragestellungen der Interpellanten hält und damit deren Wunsch nach - aus ihrer Sicht - vergleichbaren Zahlen erfüllt. Er verzichtet daher auf weitergehende Erklärungen und Zahlen.

Frage 1: Anzahl Schüler, Anzahl Lehrpersonen (LP), Anzahl Schulische Heilpädagoginnen (SHP) und Anzahl Schulklassen in:

a. **Kindergarten**
b. **Primarschule**
c. **Oberstufe**

SJ 2012/2013	**Anzahl Schüler**	**Anzahl LP**	**Anzahl SHP**	**Anzahl Klassen**
a. Kindergarten	426	30	26	23
b. Primarschule	1’256	118		69
c. Oberstufe	516	60	3	31
Gesamt	**2’198**	**208**	**29**	**123**

Frage 2 : Anzahl Vollzeitäquivalente (Lehrpersonen und Schulische Heilpädagoginnen getrennt ausgewiesen, SHP für Kindergarten und Primarschule zusammen)

a. **Kindergarten**
b. **Primarschule**
c. **Oberstufe**

SJ 2012/2013	**Vollzeitäquivalente LP (Stellen à 100%)**	**Vollzeitäquivalente SHP (Stellen à 100%)**
a. Kindergarten	24.20	18.15
b. Primarschule	85.85	
c. Oberstufe	46.75	2.75
Gesamt	**156.80**	**20.90**

Frage 3: Verhältnis Vollzeitäquivalente zur Anzahl Schüler, ausgewiesen pro Schüler (Pensen Lehrpersonen und Schulische Heilpädagogen getrennt ausgewiesen geteilt durch Anzahl Schüler, SHP für Kindergarten und Primarschule zusammen)

a. **Kindergarten**
b. **Primarschule**
c. **Oberstufe**

SJ 2012/2013	**Vollzeitäquivalente LP pro Schüler/in**	**Vollzeitäquivalente SHP pro Schüler/in**
a. Kindergarten	5.68%	1.08%
b. Primarschule	6.84%	
c. Oberstufe	9.06%	0.53%

Beispiel Kindergarten: 24.20 = Vollzeitäquivalente LP
426 = Anzahl Schüler/innen
24.20 : 426 = 5.68%

Frage 4 : Verhältnis Anzahl Lehrpersonen zur Anzahl Schulklassen, ausgewiesen pro Schulklasse (Lehrpersonen und Schulische Heilpädagogen getrennt ausgewiesen)

a. **Anzahl LP des Kindergartens geteilt durch Anzahl Kindergartenklassen**
b. **Anzahl LP der Primarschule geteilt durch Anzahl Schulklassen**
c. **Anzahl SHP von Kindergarten und Primarschule geteilt durch Anzahl Schulklassen**
d. **Anzahl LP und SHP (getrennt ausgewiesen) der Oberstufe geteilt durch Anzahl Schulklassen**

SJ 2012/2013	Anzahl LP pro Klasse	Anzahl SHP pro Klasse
a. Kindergarten	**1.30**	
b. Primarschule	**1.71**	
c. KG+PS		**0.28**
d. Oberstufe	**1.94**	**0.10**

Beispiel Kindergarten: 30 = Anzahl LP (ohne SHP)
23 = Anzahl Klassen
30 : 23 = 1.30

Frage 5: Anzahl Pensen der Schulischen Heilpädagoginnen im Verhältnis zu den Pensen der Lehrpersonen in %

a. **Kindergarten und Primarschule**
b. **Oberstufe**

SJ 2012/2013	Anzahl Pensen SHP : Pensen LP
a. Kindergarten+Primar	16.49%
b. Oberstufe	5.88% *

* = Im Schuljahr 2012/13 gab es eine Vakanz in der Heilpädagogik auf der Oberstufe.

Beispiel Kindergarten+Primar: 18.15 = Vollzeitäquivalente SHP
24.20 = Vollzeitäquivalente LP (Kindergarten)
85.85 = Vollzeitäquivalente LP (Primar)
18.15 : (24.20 + 85.85) = 16.49%

Das heisst, dass auf eine 100%-Stelle einer Lehrperson 16.49% Heilpädagogik dazu kommen.

Frage 6 : Verwaltungskosten der Schule (Rektorat, Schulleitungen und Schulsekretariat) im Verhältnis zu den Kosten des Lehrpersonals (Lehrpersonen und Schulische Heilpädagogen, ohne Stellvertretungskosten) in % und die entsprechenden absoluten Werte.

SJ 2012/2013	**Kosten Schulleitung (Rektor, Prorektor/in, Schulleiter/innen) : Kosten LP**	**Verwaltungskosten Schuladministration : Kosten LP**	
In %	4.81%	2.80%	
SJ 2012/2013	**Kosten Schulleitung (Rektor, Prorektor/in, Schulleiter/innen)**	**Verwaltungskosten Schuladministration**	**Kosten Lehrpersonal**
Absolut	1'274'778	741'754	26'508'846

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen wirksam eingesetzt sind und zur hohen Qualität der Schulen beitragen. Er weist nochmals darauf hin, dass der Kanton mit der Umstellung auf Normpauschalen pro Schülerin/Schüler die gemeindliche Autonomie stärken wollte.

Dass sich aufgrund struktureller Verschiedenheiten von Gemeinde zu Gemeinde möglicherweise Unterschiede in der Kostenstruktur ergeben werden, ist daher verständlich. Gemeinderat und Schulleitung sind bei Vorliegen des angestgrebten Vergleichs innerhalb des Kantons Zug gerne bereit, Unterstützung in der Interpretation der Ergebnisse zu gewähren. Dies mit dem Ziel, dass wirklich Gleiches mit Gleichem verglichen wird.

Daniel Abt

Ich bedanke mich herzlich für diese prompte, blitzartige Beantwortung unserer Interpellation. Sie sind die erste Gemeinde, die dazu Stellung bezieht. Ihnen liebe Damen und Herren danke ich für die Geduld, bei dieser trockenen Materie kurz auszuharren. Es war nicht unsere Absicht, Sie zu langweilen. Wir wollten diese Informationen auf Kantonsebene einholen, was uns verwehrt wurde. Es sind keine vergleichbaren Zahlen vorhanden. Deshalb müssen wir die Informationen bei jeder Gemeinde separat einholen. Die FDP Kanton Zug will die Zuger Bildung aktiv mitgestalten. Dafür braucht es ein Grundwissen. Dieses haben wir mit diesen Aussagen erhalten. Wir sind gespannt, wie die Antworten in den anderen Gemeinden aussehen werden und welche Erkenntnisse wir daraus gewinnen können.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der FDP.Die Liberalen Baar sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation wird Kenntnis genommen.

Andreas Hotz

Wir sind am Ende einer interessanten, vielfältigen und schlussendlich nachdenklich stimmenden und emotionalen Gemeindeversammlung angelangt. Der Gemeinderat und die Verwaltung wünschen Ihnen einen guten Sommer. All denen, die an den Weltmeistertitel der Schweizer Nationalmannschaft glauben und hoffen, wünschen wir eine wunderschöne Weltmeisterschaftsfeier, einen weiteren spektakulären Verlauf dieser Fussballmeisterschaft und einige erlebnisreiche und erholsame Ferientage irgendwann in den nächsten Wochen und Monaten. Ich freue mich bereits heute, Sie auf die diversen Veranstaltungen hinzuweisen. Auf das 1. Blaskappellentreffen in unserer Gemeinde am 31. August 2014 und auch auf unsere 1. August-Feier im Bereich der Rathus-Schüür, an der wir unseren Landammann Beat Villiger als Festredner begrüssen können.

Abschiessend ist es mir eine grosse Freude und ein Bedürfnis, Sie alle zum Apéro einzuladen. Heute mit dem speziellen und ausgezeichneten Samba Bier von unserer Hausbrauerei Marke Uster. Danke, dass Sie gekommen sind, danke dass Sie mitgewirkt haben. Einen schönen Abend und eine gute Zeit.

Für das Protokoll

Walter Lipp
Gemeindeschreiber

Baar, 18. November 2014 sb